

ROTFUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Zum Internationalen Frauentag 1999

Gedanken an Gerda, Gretel und Irmgard

Internationaler Frauentag 1999. Wir verzichten auf Kaffeetafeln mit beschürzten Männern und vom Dutzend geschnittene Glückwünsche, auf journalistischen Klimbim und agitatorische Pirouetten. Die Dinge sind zu ernst, um im seichten Gewässer zu plätschern oder Vordergründiges zu bedienen.

Wir berichten in dieser RF-Ausgabe von drei Frauen, deren Namen weltweit Synonyme menschlicher Würde und sozialer Befreiung sind: Nadeshda Krupskaja, Clara Zetkin und Alexandra Kollontai. Sie stehen in der ersten Reihe, wenn von proletarischer Emanzipation die Rede ist. Millionen haben ihnen nachgeeifert und ihre menschlichen, moralischen und politischen Qualitäten in sich aufgenommen. Man könnte unzählige Beispiele dafür nennen, daß die Saat der Großen auf fruchtbaren Boden gefallen ist: Soja Kosmodemjanskaja und Olga Benario, Raymonde Dien und Tamara Bunke, Catarina Eufemia und Gladys Marin, die Heldinnen Vietnams und des südafrikanischen Anti-Apartheid-Kampfes zeugen davon.

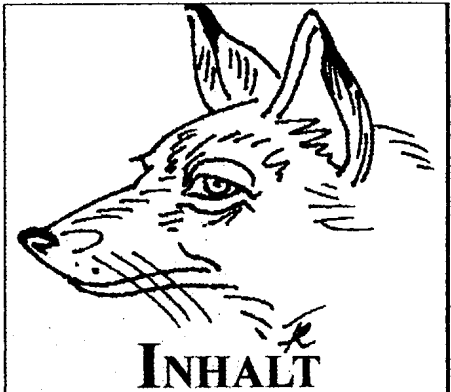
Hier wollen wir an drei kluge, starke und mutige Frauen unserer Tage und dieses Landes erinnern, die ihresgleichen suchen. Unsere Gedanken sind bei Gerda, Gretel und Irmgard. Das gefräßige große Deutschland, in dessen Magen wir „vereinigt“ wurden, hat sie - die Antifaschistinnen aus der DDR - seit der Einverleibung des sozialistischen deutschen Staates mit Haß und Verfolgung überzogen. Die drei Frauen, die sich mit Stolz zu ihren Biografien bekennen, gerieten nicht wegen irgendwelcher Verbrechen ins Visier der rechtsbeugenden Kriminalisierer. Die Klassenjustiz der Bourgeoisie zog sie beim großen antikommunistischen Fischzug der siegreichen Konterrevolution nur aus einem Grunde in ihre Netze: wegen „Diebstahls angestammter Rechte“. Sie verzieh den dreien nicht, daß sie beim Entzug ihrer Privilegien mitgetan hatten. Schließlich wurde das Kapital vom Sozialismus vierzig Jahre lang nach Strich

und Faden bestohlen - um Macht und Eigentum.

Irmgard Jendretzky und Gretel Neumann haben 1950 in den Waldheim-Prozessen gegen Naziverbrecher, die der jungen DDR-Justiz durch die sowjetischen Militärbehörden zur Aburteilung übergeben wurden, als Richterinnen und Staatsanwältinnen teilgenommen. Gretel, die heute 82jährige Widerstandskämpferin, hatte unter den Faschisten selbst im Zuchthaus Waldheim gegessen. Einer von jenen, welche sie dann anklagte, war der einstige Nazi-Polizeichef von Paris, ein blutbesudelter Henker. Daß sie ihn nicht nach der damals in Bonner Gefilden geltenden Mode mit Glacéhandschuhen anfaßte, brachte ihr nach der Annektion der DDR durch den Staat der Filbinger und Globkes Ermittlungsverfahren und Anklage ein. Irmgard wurde im Alter von 79 Jahren zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Und Gerda, unsere RF-Korrespondentin in der Frauen-Vollzugsanstalt Reinickendorf, traf es von den dreien wohl am härtesten: Die heute 72jährige ist die einzige Frau aus der DDR, die sich zur Zeit in politischer Haft befindet. Sie wurde auf der Straße festgenommen, nachdem sie die Ladung zum Antritt ihrer 21monatigen Freiheitsstrafe durch Verschulden der Justiz nicht erreicht hatte. Seit dem 28. März 1998 befindet sich Gerda Klabuhn im Gefängnis; gegenwärtig ist sie im Offenen Vollzug. Wir hoffen, daß sie bald auf freiem Fuß sein wird.

Frauenschicksale in diesen Tagen und in einem Land, dessen Tonangebende - leider sekundiert von manchen, denen ihre Komplizenschaft in Sachen DDR-Verleumdung nicht gut zu Gesicht steht - unablässig die Leier vom Rechtsstaat der Krupps und vom Unrechtsstaat der Krauses drehen. Schicksale von Frauen, denen unsere Gedanken und unsere Gefühle, unsere Bewunderung und unsere Solidarität gehören. Frauen, die auf ihre eigene und unverwechselbare Art in den Schuhen der Krupskaja, der Zetkin und der Kollontai stehen.

S.R.



Zum Internationalen Frauentag 1999	S. 1
Eine standhafte Revolutionärin	S. 2
* Nadeshda K. Krupskaja	
Bruni Steiniger:	
Zu einigen Fragen	S. 3
Des Pudels Kern	S. 5
* Für Klarheit in den eigenen Reihen	
Alles vergessen oder verdrängt?	S. 6
Die Hesse komme...	S. 6
* Zur Wahl in Hessen	
Die Erschießung des Friedrich Hasselfeld	S. 7
Kurzer Prozeß	S. 8
* Zur Hetzjagd auf DDR-Juristen	
Unrechtsurteile aufheben!	S. 9
Die Republik vor Gericht	S. 10
Rechtsbruch im Visier	S. 10
Verfassungsbrecher in roten Roben	S. 12
Zum Wesen des Staates	S. 13
Spurensuche	S. 14
* Renegaten auf alten Pfaden	
„Entwicklungshelfer“	S. 15
Brief eines Tataren	S. 15
Reporterskizzen (10)	S. 16
* Salazars Kopf	
Nach Baku - zu unserem Öl	S. 17
Das Erbe verteidigen	S. 18
* Zu Entwicklungen in der PCF	
„Auf den Schultern der DDR“	S. 19
* Ein Kardinalswort	
Leserbriefe	S. 20
Am Rande bemerkt	S. 23
* Kultur, Kunst & Politik	
Anzeigen & Infos	S. 24

Nadeshda Konstantinowna Krupskaja (1869-1939)

Eine standhafte Revolutionärin

Zum 130. Geburtstag (und im Gedenken an den 60. Todestag) von Nadeshda Konstantinowna Krupskaja veröffentlichen wir einen Artikel von Alexandra KOLLONTAI vom Februar 1949

Sie war ein ungewöhnlicher, ein hervorragender Mensch, die bedeutendste und schönste Gestalt einer russischen Frau in unserer großen Revolution. Sie war eine aufrechte und unermüdliche Mitkämpferin Lenins, seine Frau, Freundin und Gefährtin. Sie war Lenin eine unersetzliche Kampfgefährtin in den ersten Jahren der Schaffung und des Aufbaus der Partei, als die haßerfüllten zaristischen Henker die Bolschewiki verhafteten, in die Gefängnisse warfen und verbannten. Nadeshda Konstantinowna kämpfte mutig und standhaft für den Sieg der Idee Lenins und für die Festigung der Partei. Leidenschaftlich verteidigte sie die Partei gegen die Intrigen der Menschewiki und gegen die anderen Feinde des Bolschewismus.

Nadeshda Konstantinowna war rein äußerlich sehr zurückhaltend und selbstbeherrscht. Gleichzeitig war sie aber unbittlich gegenüber den Feinden der Partei, haßte labile und schwankende Kampfgefährten zutiefst und von ganzem Herzen. Mit welch unerschöpflicher Geduld und Herzlichkeit aber verstand sie es, die Arbeiter zu begeistern und ihnen die genialen Ideen Lenins sowie die Ziele und Aufgaben der Bolschewiki zu erläutern!

Als Lenin viele Jahre fern von der Heimat im Exil leben mußte und auch von dort aus die Tätigkeit der Partei leitete, war Nadeshda Konstantinowna nicht nur einfach seine persönliche Sekretärin, sondern ersetzte den ganzen Apparat des Auslandsbüros der Partei. Das war in den verantwortungsvollsten Jahren des Kampfes unserer Partei, die während des ersten Weltkrieges die große Revolution von 1917 vorbereitete. Nadeshda Konstantinowna hielt nicht nur die Verbindung mit den Bolschewiki in Rußland aufrecht, sondern führte auch – sie beherrschte einige Fremdsprachen – einen ungeheuer großen Schriftverkehr mit den Anhängern Lenins in anderen Ländern. Viele von ihnen bildeten später den Kern der kommunistischen Parteien in einigen Ländern Europas, Asiens und Amerikas.

Nadeshda Konstantinowna war ungewöhnlich arbeitsfähig. In ihrer Arbeit war sie fleißig, exakt und sorgfältig. Bei ihr reichte für alles die Zeit, Energie und herzliche Anteilnahme. Junge Bolschewiki, die Rußland hatten verlassen müssen, suchten und fanden bei Nadeshda Konstantinowna Rat und moralische Unterstützung.

Mit klugen und herzlichen Worten verstand sie es, deren Glauben an den Sieg der Linie der Partei und an die Verwirklichung der großen Ideen des Kommunismus zu festigen.

Im April 1917 kehrte Nadeshda Konstantinowna zusammen mit Lenin nach Rußland zurück. Der angespannte revolutionäre Kampf der Partei Lenins gegen die Bourgeoisie, die die Macht an sich gerissen hatte, führte in den Oktobertagen schließlich zum Sieg. Unter der Sowjetmacht beauftragte die Partei Nadeshda Konstantinowna mit verantwortlichen staatlichen Funktionen auf dem Gebiet der Volksbildung.

Nadeshda Konstantinowna war von Beruf Pädagogin und verstand deshalb ausgezeichnet, daß der Kampf gegen Unwissenheit sowie kulturelle und politische Rückständigkeit des Volkes eine der Hauptaufgaben der jungen Sowjetrepublik darstellte. Ihr war klar, daß der sozialistische Aufbau nur möglich war, wenn die Volksbildung umfassend entwickelt ist. Nadeshda Konstantinowna wurde so zu einer Politikerin, der das sowjetische Volk eine gewaltige und gleichzeitig ehrenvolle Aufgabe übertragen hatte, die in der Beseitigung des Analphabetentums und in der Schaffung von Schulen, Lehrgängen, Bibliotheken u. a. im ganzen Land bestand.

Nadeshda Konstantinowna sorgte in den ersten Jahren der Sowjetmacht für bessere Lebensbedingungen und für die Befriedigung der Bedürfnisse der Lehrer. Sie reagierte mit großer Anteilnahme auf die Belange der Schüler und Studenten. Nadeshda Konstantinowna Krupskaja unterbreitete auf Beratungen und Kundgebungen konkrete Vorschläge zur Erweiterung der Arbeit auf dem Gebiet der Volksbildung.

Nadeshda Konstantinowna trat stets mit gutdurchdachten Reden auf. Sie erläuterte die Probleme mit Worten, die jede Arbeiterin und jede Bäuerin verstand. Sie sprach leise, aber ihre Stimme klang angenehm. Ihre Herzenswärme schwang in ihren Reden mit.

Es war nicht erstaunlich, daß Nadeshda Konstantinowna aus allen Gegenden des Landes Briefe erhielt, Zehntausende Briefe. Sie freute sich sehr und war stolz darauf, wenn der Brief einer Kolchosbäuerin oder Arbeiterin das Wachstum ihres politischen Reifegrades und ihrer bewußten Teilnahme am Aufbau des Sozialismus unter Beweis stellte. Wenn Nadeshda Konstantinowna auf Mängel und Unordnung in unserem Sowjetstaat und im Alltag hingewiesen wurde, antwortete sie sicher und

ruhig: „Das alles wird die Partei überwinden. Das alles werden wir umgestalten.“

Nadeshda Konstantinowna ließ selbst in den schwersten Situationen oder bei politischen Mißerfolgen niemals den Mut sinken. Bei all jenen, denen das Glück zuteil geworden war, sie persönlich zu kennen, wird sie für immer als unerschütterlich standhafter und zielstrebigster Mensch in Erinnerung bleiben.

Die meisten kennen jetzt Nadeshda Konstantinowna nur von Aufnahmen aus den letzten Lebensjahren, als ihre Gesundheit bereits stark untergraben war. Sie trug einfache, dunkle Kleider, war glatt gekämmt und ernst. Wer sie jedoch näher kannte, weiß, daß in ihr bis zu ihrem Tode die Lebensfreude sprühte. In ihrer Jugend aber hatte Nadeshda Krupskaja über alle Maßen gern gelacht und gescherzt.

Die Verdienste von Nadeshda Konstantinowna als aktive Parteifunktionärin und Politikerin sind gut bekannt. Aber nur wenige wissen um ihre Verdienste auf dem Gebiet der Parteiarbeit unter den Frauen.

1905 erschien in Rußland die legale Ausgabe der Broschüre „Die werktätige Frau“ von N. K. Krupskaja unter dem Pseudonym Sablina. In der Broschüre wurde die Notwendigkeit begründet, die breite Masse der Frauen in den revolutionären Kampf um ihre Befreiung von der Rechtlosigkeit in der Politik und im Alltagsleben einzubeziehen, ihr politisches Bewußtsein zu heben und sie in die Arbeit der Partei zu integrieren. Nadeshda Konstantinowna gehörte zum Redaktionskollegium der ersten Ausgabe der Zeitschrift „Rabotniza“ (Arbeiterin), arbeitete mit uns, die wir zum Prawda-Verlag gehörten, in der Redaktion des „Listok Rabotnizy“ (Blatt der Arbeiterin) sowie mit der Zeitschrift „Kommunistka“ (Kommunistin) zusammen und beteiligte sich an der Herausgabe der ersten Hefte der Zeitschrift „Krestjanka“ (Bäuerin). Sie nahm auch an Beratungen der Partei über die Arbeit unter den Frauen und an einigen internationalen Konferenzen kommunistischer Frauenorganisationen teil. Wenn Entwürfe von Dekreten der Sowjetmacht erörtert wurden, die in erster Linie die Frauen betrafen, beriet sich Lenin mit Nadeshda Konstantinowna, und auch wir, die Mitarbeiterinnen der Frauenabteilung, holten uns gern Rat von ihr ein, was die Fragen der Abteilung betraf. Nadeshda Konstantinowna verhielt sich neben der Arbeit unter den Frauen mit besonderer Herzlichkeit und Aufmerksamkeit zur Jugend. Sie leistete einen großen Beitrag zur Schaffung und Festigung des Komsomol. □

Buchhinweise

Nadeshda Krupskaja. Eine Biographie. Hrsg. v. einem Autorenkollektiv. Dietz Verlag Berlin 1986 (Politisdat Moskau 1978). 328 S., 81 Abbildungen

Ein Leben an Lenins Seite. Erinnerungen an N. K. Krupskaja. Dietz Verlag Berlin 1969. 344 S., 11 Fotos

Nadeshda Krupskaja: Erinnerungen an Lenin. Dietz Verlag Berlin 1959. 608 S. Mit 4 Bildbeilagen

N. K. Krupskaja: Das ist Lenin. Eine Sammlung ausgewählter Reden und Artikel. Dietz Verlag Berlin 1966. 504 S.

N. K. Krupskaja: Kleine Stationen eines großen Lebens. Briefe an die Angehörigen W. I. Lenins. Dietz Verlag Berlin 1965. 198 S.

N. K. Krupskaja: Mein Leben. Autobiographische Skizze, geschrieben auf Wunsch von jungen Pionieren. Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg o.J. (ca. 1928). 20 S.

Der Marxismus gab mir das höchste Glück, das sich ein Mensch nur wünschen kann, nämlich das Wissen, welcher Weg gegangen werden muß, und die beruhigende Gewißheit von dem endgültigen Ausgang der Sache, der ich mein Leben geweiht habe.

Wenn der Weg auch nicht immer leicht war, so habe ich doch nie daran gezweifelt, daß er richtig ist.

N. K. Krupskaja



Bruni Steiniger:

Zu einigen Fragen

Mein keineswegs aus „persönlicher Ge-
kränktheit“ wegen der Ablehnung einer
vordem PV gehaltenen Rede erfolgter Rück-
tritt als stellvertretende Vorsitzende der
DKP und dessen anschließende „Auswer-
tung“ in vielen Gliederungen der Partei
haben Diskussionen hervorgerufen. In ei-
ner die „Linie“ des Umgangs mit meiner
Entscheidung vorgebenden Stellungnahme
des Sekretariats des Parteivorstandes
wurde auf einige in der DKP umstrittene
Fragen hingewiesen: ein „unterschiedliches
Parteiverständnis“ sowie ein gleichfalls
nicht übereinstimmendes Herangehen an
die „Politik der Aktionseinheit mit der Sozi-
aldemokratie“, an „das Verhältnis zur PDS“
sowie an „den Charakter der internationalen
Beziehungen zu kommunistischen, lin-
ken und revolutionären Parteien und Orga-
nisationen“. Ich selbst erhielt zahlreiche -
z.T. öffentliche („Roter Brandenburger“)-
Anfragen von Genossinnen und Genos-
sen, auf die ich heute in der Zeitung meiner
DKP-Gruppe kurz zu antworten versuche.
Es geht mir allein um Information und Trans-
parenz, um den Ausschluß von Fehl- und
Vorurteilen.

Zunächst ein Wort über mich selbst. Ich
bin seit mehr als 30 Jahren in der Partei. Seit
1968 gehörte ich der SED an, die als einzige
Partei der revolutionären deutschen Arbeiter-
bewegung die Chance besaß, vier Jahr-
zehnte lang machtausübend und sozialis-
musgestaltend zu wirken. Im Frühjahr 1992
trat ich der DKP bei, da ich angesichts der
sich bereits deutlich abzeichnenden Um-
wandlung der PDS in eine reformistische
Partei dort nicht mehr meine politische
Heimat sah.

Stark motivierten mich die auf dem 12. Par-
teitag der DKP in Mannheim angenom-
menen Thesen zur Programmatischen
Orientierung, für deren Verbreitung ich mich
stets eingesetzt habe. Sie bewogen übrigs
auch viele andere DDR-Kommuni-
sten, sich der DKP anzuschließen. Wenn
jetzt in der erwähnten Stellungnahme des
Sekretariats des PV zu meinem Rücktritt
behauptet wird, ich hätte Inhalte gerade
dieser Thesen nicht geteilt, so handelt es
sich hierbei ganz offensichtlich um eine
Personenverwechslung.

Es stimmt aber, daß ich auf dem 14. Parteitag
in Hannover (Mai 1998) von meinem Recht
Gebrauch gemacht habe, gegen die vom PV
eingebrachten und dort nur als „Arbeits-
und Diskussionsmaterial“ beschlossenen
„Sozialismusvorstellungen der DKP“ zu
stimmen. Sie erscheinen mir theoretisch
unausgereift und sachlich nicht exakt. Aus
meiner Sicht steht das die Erfahrungen der
Ost-Genossen völlig ausklammernde Pa-
pier nicht auf der Höhe des wissenschaft-

lichen Sozialismus. Es geht hinter bereits
Geleistetes zurück.

Wenn bestimmte Genossinnen und Ge-
nossen heute davon sprechen, sie wüßten
mit dem Begriff Leninismus nichts anzufan-
gen (hierzu gehört auch das Bestreben, die
exakte Vokabel Imperialismus durch aus
dem Sprachgebrauch der Bourgeoisie stam-
mende neue Wortschöpfungen zu erset-
zen), dann stößt das bei mir auf Unver-
ständnis. Ich jedenfalls werde mich weiter
an Lenins Partei-, Staats- und Revolutions-
theorie halten und an seiner Imperialismus-
Lehre orientieren. Wenn man davon aus-
geht, daß die sozialistische Theorie eine
Wissenschaft ist, dann kann nicht die Fra-
ge, wer gerade in der Mehrheit ist und wer
gerade in der Minderheit ist, darüber ent-
scheiden, was richtig ist. Ideologischer
Meinungsstreit ist weder durch Majoritä-
ten noch durch „Kompromisse“ zu klären.
Einziges Kriterium ist hier die Übereinstim-
mung oder Nichtübereinstimmung einer
Position mit dem wissenschaftlichen So-
zialismus. Natürlich sind nicht nur Marx,
Engels und Lenin, sondern auch andere
marxistische Theoretiker und neue Entwick-
lungen stets zu berücksichtigen.

Ich sehe die gegenwärtigen Differenzen in
der DKP nicht als ein geographisches, son-
dern als ein ideologisches Problem, auch
wenn vordergründig der Eindruck entsteht,
es sei ein Ost-West-Konflikt. Natürlich er-
geben sich bei der Herausbildung einer
gesamtdeutschen KP auch gewisse Rei-
bungsverluste und Spannungen. Zwei
völlig unterschiedliche Erfahrungsströme
stoßen aufeinander. Die Mentalitäten und
Sichtweisen sind verschieden. Verfestigte
Vorurteile, durch die bisweilen selbst Kom-
munisten verwirrende antisowjetische und
antikommunistische Propaganda des Geg-
ners seit Jahrzehnten genährt, spielen hier
und dort eine Rolle. Doch ich bleibe dabei:
Wenn es uns gelänge, den Erfahrungs-
strom „Aufbau des Sozialismus/Machtaus-
übende Klasse“ und den Erfahrungsstrom
„Jahrzehntelanger Widerstand gegen das
Kapital und seine Macht“ zusammenzu-
führen und in einer gesamtdeutschen mar-
xistisch-leninistischen Partei zu vereinen,
vollbrächten wir eine historische Leistung.
Dann schufen wir eine völlig neue politi-
sche „Legierung“, wie es sie so in der Welt
nicht noch einmal gibt. Natürlich würde
sich die Partei, die auch alle positiven Er-
fahrungen von SED und SEW in sich auf-
nehmen mußte, im Verlauf dieses Prozes-
ses quantitativ und qualitativ verändern.
Andererseits wäre das Scheitern dieses
Projekts ein ernster Rückschlag für die
Bemühungen um die Schaffung einer grö-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

ßeren gesamtdeutschen DKP.

Wir Kommunisten der DDR wollen und werden in der imperialistischen BRD niemals „ankommen“, auch wenn wir unfreiwilligen Staatsbürger geworden und an die Gesetze der Annektionsmacht gebunden sind. Diese Situation hat sich mit dem Regierungsantritt des Schröder-Kabinetts - des sozialdemokratischen Establishments, das an die Stelle des rechtskonservativen Establishments des deutschen Imperialismus getreten ist - trotz mancher Unterschiede im Detail nicht geändert. Auch das neue Kabinett dient und gehorcht dem Kapital.

1999 gibt es für uns keine „zwei Jubiläen“. Wir werden die Gründung der BRD nicht begehen, wohl aber zum Anlaß von historischer Rückschau und differenzierter Analyse nehmen. Unser Tag ist der 7. Oktober. Dabei sehen wir die DDR ohne Glorienschein. Ihr Weg führte ins Neuland und war ein hartes Stück vierzigjähriger Arbeit, nicht aber - wie manche sagen - lediglich ein „Versuch“, den Sozialismus aufzubauen. Wir betrachten die DDR nicht als ein „fertiges“ Land. Vieles war noch im Rohbau und manche Einflußreiche waren unfähig, die Dinge besser voranzubringen. Doch der Staat, der dem deutschen Kapital vierzig Jahre lang Macht und Eigentum entzog, war das humanste, das gerechteste Deutschland, das es je gegeben hat. SED und DDR sorgten für die umfassende Verwirklichung der sozialen Menschenrechte. Im Interesse der historischen Wahrheit und um diese künftigen Generationen zu übermitteln, muß man es tausendmal wiederholen: Bei allen Narben des Alten, bei allen Lasten des Kalten Krieges, bei aller Unvollkommenheit war die DDR die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes.

Zur PDS. Unser Verhältnis zu dieser großen und pluralistischen Linkspartei - einer schon aufgrund ihres Antifaschismus unverzichtbaren parlamentarischen und außerparlamentarischen Kraft in Deutschland - wird durch Zusammenarbeit und Konflikt bestimmt. Die PDS ist keine kommunistische, keine marxistische, keine revolutionäre Partei, obwohl es in ihren Reihen nach wie vor nicht wenige Sozialisten, Kommunisten, Marxisten und Revolutionäre gibt. In ihren strategischen Überlegungen spielt die Arbeiterklasse eine untergeordnete Rolle. Deshalb wurden die SED-Betriebsgruppen von ihr auch sofort nach dem unrühmlichen „Sonderparteitag“ im Dezember 1989 aufgelöst. Die PDS-Spitze hat mit der Tradition von SED und DDR gebrochen. Sie leugnet den Klassenkampf und setzt auf Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems. Die Führung der PDS nimmt Kurs auf deren Umwandlung in eine Partei „links von der SPD“, die im Jahr 2002

„koalitionsfähig für ein Mitte-Links-Kabinett“ sein soll. Es geht ihr also zunächst um die Schaffung einer linkssozialdemokratischen Partei als Partner der SPD. Das muß unsere Haltung gegenüber der PDS bestimmen. Für sie gelten die Maßstäbe der klassischen Aktionseinheits- und Bündnispolitik. Es geht zugleich um das Zusammenwirken aller linken und antifaschistischen Kräfte gegen Rechts. Sektiererische Borniertheit ist da ebenso schädlich wie prinzipienloses Hinterherlaufen oder Sich-anbieten. Gefragt ist die Eigenständigkeit und Andersartigkeit kommunistischer Politik. Sie allein stellt die Alternative dar. Noch ein Wort zum proletarischen Internationalismus. (Wichtig ist hier das Adjektiv proletarisch, da sich auch alle möglichen Humanisten zu einem nicht näher definierten Internationalismus bekennen!) In jüngster Zeit hat sich die UZ auf einen Nebenschauplatz begeben und eine Kampagne gegen Antisemitismus unter russischen Kommunisten geführt. Denkmuster hierzu lieferte die bürgerliche Presse, auf deren „Informationen“ sich manche Briefschreiber beriefen. Völlig klar: Wir weisen Chauvinismus und Rassismus in jeder Form zurück, gleich, ob es sich um Antisemitismus, Türken- und Kurdenhaß, Russophobie, Zionismus oder andere Spielarten menschenverachtender Ideologie handelt. Aber unser Hauptkampfgebiet ist und bleibt die Klassenfrage, die Eigentumsfrage. Jegliche anderen Themen sind letztlich von ihr abgeleitet. Die weltweite Haupttrennlinie verläuft nach wie vor zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Wir sind solidarisch mit allen, die auf unserer Seite der Klassenbarrikade kämpfen. Unsere Sympathie gehört deshalb der UKP-KPdSU und der KPRF auf früher sowjetischem Territorium ebenso wie der tapferen KP Israels, in der Juden und Araber Seite an Seite stehen. Unser Gegner ist das internationale Kapital, in welcher Sprache und mit welcher ethni-

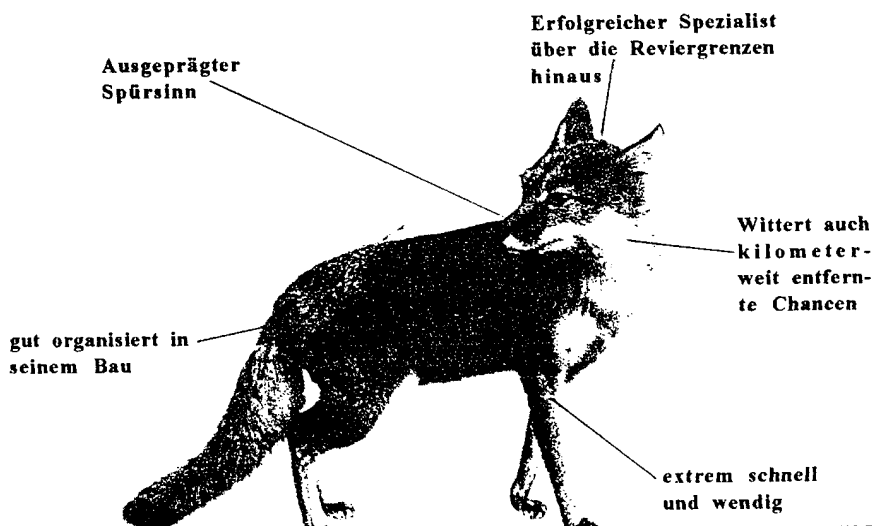
schen oder religiösen Verbrämung es auch auf uns zukommt.

Viel wird in jüngster Zeit über unsere Beziehungen zu Bruderparteien diskutiert. Ob es Sinn macht, wie einige Genossen meinen, sich besonders auf „bedeutende kommunistische Parteien im EU-Raum“ zu konzentrieren, wage ich in Zweifel zu ziehen. Natürlich ist ein enges Verhältnis zu solchen Parteien wie der KKE Griechenlands, der Rifondazione Comunista in Italien, der Portugiesischen Kommunistischen Partei, der PCE Spaniens und französischen Kommunisten, die sich gegen den ideologischen Ausverkauf („Mutation“, „Erneuerung“) der Hue-Führung wehren, von Gewicht. Aber es kann für uns keine Einteilung der Bewegung in „bedeutende“ und „weniger bedeutende“ Parteien geben. Alle kommunistischen Parteien, die sich wirklich auf den Marxismus-Leninismus orientieren, leisten eine wichtige Arbeit. Ist die KP Chiles, die soviel Mitglieder zählt wie die DKP, etwa nur quantitativ zu messen? Und was ist mit den Staatsverantwortung tragenden Parteien in Asien und Lateinamerika? Hier gibt es nicht nur Kuba! Wie steht es mit den Kommunisten in den früher sozialistischen Staaten Osteuropas und der Sowjetunion? In Indien und Südafrika? Wir sollten jegliche Eurozentriertheit und „Westlastigkeit“ in der Bewertung von Parteien vermeiden und die Bewegung in ihrer Gesamtheit, Widersprüchlichkeit und Vielfalt betrachten.

Wie man sieht, gibt es viele Fragen. Wir müssen geduldig, sachlich, gleichberechtigt und kameradschaftlich miteinander diskutieren. Unterstellungen und Stimmungsmache sind unbedingt zu vermeiden. Eine hohe Streitkultur gehört zum Wesen einer gut funktionierenden kommunistischen Partei.

Es geht um unsere gemeinsame DKP. Es geht darum, die besten Antworten zu finden, um die Sache voranzubringen.

Wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 13.1.1999 den Rotfuchs sah



Für mehr Klarheit in den eigenen Reihen

Des Pudels Kern

Nach der Bundestagswahl haben alle Parteien ihre Positionen bestimmt. Die PDS tat das mit der ersten Sitzung des 6. Parteitags am 17./18. Januar. Natürlich interessiert man sich als Kommunist dafür, was eine bei den Wahlen parlamentarisch aufgewertete Partei, die sich als „links“ und „sozialistisch“ versteht, zu sagen hat. Sich darüber Klarheit zu verschaffen, ist auch deshalb notwendig, weil in der DKP von Mitgliedern des Parteivorstandes über das Verhältnis zur PDS öffentlich nachgedacht und publiziert wird. Überdies hat sich die jüngste Parteivorstandstagung mit dieser Problematik beschäftigt.

Nachdem ich den Verlauf des PDS-Parteitagges inhaltlich verfolgt hatte, regte sich bei mir Unbehagen. „Der Richtungsstreit“, so konstatierte gar das voll auf der Linie Gysi-Bisky liegende ND, „wurde seltsam zurückhaltend ausgetragen“. Obwohl viel von „Strategie“ geredet wurde, fand man substantiell davon keine Spur. Keine Spur auch von Konsequenz, Schneid und grundsätzlicher Schärfe, dafür aber verbale Halbheiten und Verkauf von Illusionen.

Ein Außenstehender, Prof. F. Vilmar, hat kurz vor dem Parteitag in einer ND-Kolumne - Gerhard Feldbauer verwies in „RotFuchs“ Nr. 12 bereits darauf - „des Pudels Kern“ offengelegt. Die PDS müsse sich ... „klar entscheiden, ob sie ihren Anspruch erfüllen will, die maßgebliche linkssozialdemokratische Partei in Deutschland zu werden“. Obwohl die Partei - und Fraktionsspitze dieses Ziel beharrlich verfolgt, wurde auch hier allzu große Offenheit vermieden. Der Grund: Die Stimmung an der Basis und Probleme mit einigen „jungen Wilden“. Geschicktes Taktieren war da angesagt. Das fand auch Ausdruck in personellen Schachzügen wie der Nichtkandidatur André Bries.

Trotz richtiger Akzente im sozialen Bereich, in der Kritik an der zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik und bei der Vertretung ostdeutscher Interessen wurde sichtbar, daß sich die PDS im Magnetfeld der „Mitte-Links“-Illusionen bewegt, die allenthalben grassieren und als Ersatz für Klassenkampfpolitik gepriesen werden. Ihr Ziel, „bis zum Jahr 2002 koalitionsfähig zu sein“, läßt klare Schlüsse zu.

Mich beschäftigt die Frage, wie die DKP unter diesen Bedingungen ihr Verhältnis zur PDS gestalten will. Angesichts der Dominanz des Kapitals ist ein Nachdenken über die „Bündelung“ linker Kräfte national wie international dringend geboten. Bündnispolitik - das zeitweilige oder längerfristige Zusammengehen von Parteien und Klassen zur Durchsetzung gemeinsa-

mer Ziele - ist für alle Etappen des Kampfes einer marxistisch-leninistischen Partei von grundlegender Bedeutung. Lenin hat dazu ein umfangreiches theoretisches Erbe hinterlassen.

Auf keinen Fall darf es um eine sich abzeichnende Tendenz „zunehmender Einordnung der DKP in das Umfeld der PDS“ gehen, auf die Manfred Sohn als Gefahr in der UZ verwies. Der dort in zwei Folgen von Ellen Weber publizierte Standpunkt sollte sorgfältig überprüft werden. Die Formulierung „Kooperationsbeziehungen mit der PDS“ als „stärkster Kraft links von der SPD“ ist zumindest unscharf. Die DKP darf und muß nicht als „schwächerer Partner“ in ein solches Verhältnis eintreten. Abzulehnen ist auch eine Denkweise, auf dem Wege der „Kooperation“ mit der PDS aus der „Erfolglosigkeit“, wie es E. Weber formuliert, herauszufinden. Quantitative Faktoren dürfen nicht zu qualitativ falschen Wertungen führen. Die DKP kann trotz ihrer derzeit geringen Mitgliederzahl nur selbstbewußt - als Partei des wissenschaftlichen Sozialismus, als eine Klassenorganisation der Arbeiter, deren politische Form der Weltanschauung das Klassenbewußtsein ist, - Bündnisbeziehungen eingehen. Vor allem Aktionen und Bewegungen im außerparlamentarischen Bereich sollten das Feld der Bündelung linker Kräfte sein. Es ist immerhin zu bedenken, daß die PDS-Führung in keinem ihrer offiziellen Dokumente die DKP als politischen Faktor in der BRD auch nur erwähnt hat. Offenbar herrscht hier eine Art „linker“ Antikommunismus vor. Die Existenz der KPF und die diesmal erfolgte Wahl eines ihrer Vertreter in den Vorstand sollten nicht falsch interpretiert werden. So positiv das im allgemeinen ist - es dient auch der pluralistischen „Imagepflege“, die von der PDS-Führung zur Verschleierung ihres Kurses betrieben wird.

Auf keinen Fall darf sich die DKP auf die PDS-Linie dubioser „Vergangenheitsbewältigung“ und „Geschichtsaufarbeitung“ im Jubiläumsjahr einlassen. Der Delegitimierung der DDR und ihrer sozialistischen Entwicklung muß prinzipiell entgegengetreten werden. K. Steiniger bezeichnete die Frage „Wie hältst du's mit der DDR?“ im „RotFuchs“ zurecht als „Gretchenfrage“. Die DKP muß Verteidiger und Sachwalter alles Positiven, Erprobten und Bewährten sein, das durch Millionen mit Enthusiasmus und unter Opfern in der DDR geschaffen wurde. Das schließt prinzipielle Kritik an Fehlern und Versäumnissen sowie die Erkenntnis ein, daß vieles noch unvollkommen war. Die Schlagworte „Nost-

algie“ und „Verklärung“ sind abwertende politische Etiketten, die jenen aufgeklebt werden sollen, welche nicht bereit sind, die Verteufelung der DDR als „Unrechtsstaat“ hinzunehmen. Gerade erreichten mich Informationen über die zweitägige Klausurtagung des PDS-Vorstandes in Elgersburg. Eine eigenartige Taktik. Nachdem die Parteitagsgesandten mit vorsichtigen, abschwächenden Formulierungen abgespeist wurden, ist nun offenbar wieder Klarheit angesagt. Es geht der Führung um nichts anderes als die Sozialdemokratisierung ihrer Partei - gegen den eindeutigen Willen all jener aufrechten PDS-Genossen, die am sozialistischen Ziel festhalten wollen.

So bin ich am Schluß wieder bei „des Pudels Kern“.

Dieter Itzerott

Prof. Dr. Dr. Fred Müller bei der DKP

Der frühere Prorektor der Berliner Humboldt-Universität Prof. Dr. Dr. Fred Müller - einer der wenigen noch lebenden Spanienkämpfer - hat die PDS wegen des opportunistischen Kurses ihrer Führung und insbesondere wegen der diffamierenden Vergleiche der DDR und Nazideutschlands durch André Brie verlassen. Der seit 1932 organisierte 86jährige Kommunist betonte in einer Erklärung, die von der in Hannover erscheinenden Zeitschrift „offensiv“ veröffentlicht wurde, er werde seinen lebenslangen Kampf für die Sache der Arbeiterklasse fortan in der Deutschen Kommunistischen Partei weiterführen. Die Gruppe Nordost heißt ihn herzlich willkommen.

Am Dienstag, dem 23. März 1999 findet um 19.00 Uhr im Parteibüro am Franz-Mehring-Platz 1

eine Mitgliederversammlung der Gruppe Nordost statt, zu der wir auch unsere ständigen Sympathisanten herzlich einladen.

Thema:

1. Zum Verhältnis von DKP und PDS

Einleitende Bemerkungen:

Frank Mühlefeldt

2. Unser Beitrag zu den bevorstehenden Wahlen

Zu beiden Tagesordnungspunkten erfolgt eine Diskussion.

Tatsachen sind ein hartnäckig Ding

Alles vergessen oder verdrängt?

Die Wellen schlugen wieder einmal hoch. Auslöser der „Empörung“ war diesmal Michael Benjamin mit seinen Bemerkungen zur Mauer. Deshalb darf ich besonders Jüngere, die über ihre Entstehung nur noch vom Hörensagen wissen, sowie diejenigen, die die Geschichte verfälschen und die DDR um jeden Preis delegitimieren wollen, in Ergänzung des in RF Nr. 12 Gesagten kurz an folgendes erinnern:

Auf über 150 offizielle Gesprächs- und Verhandlungsangebote der DDR, die bis Anfang der 60er Jahre unterbreitet wurden, kam vom Westen stets - wenn überhaupt - nur eine Antwort: „Nein!“

1957 schlug Walter Ulbricht sogar die Bildung einer Konföderation beider deutscher Staaten auf der Basis militärpolitischer Neutralität vor. Doch Konrad Adenauer gab in Übereinstimmung mit den Westalliierten der Wiederaufrüstung und dem Beitritt der BRD zur NATO den Vorrang. Er erklärte unmißverständlich: „Es geht nicht um die Wiedervereinigung, sondern um die Befreiung der Ostzone“.

1952 bot die Sowjetunion den Abschluß eines gesamtdeutschen Friedensvertrages an und die Regierung der DDR verwandte sich für gesamtdeutsche Wahlen - und zwar auf der Basis der Wahlgesetze der Weimarer Republik! Heute wird versucht, diesen Vorschlag als taktisches und propagandistisches Manöver abzutun. Dabei wären die Sowjetunion und die DDR für ein entmilitarisiertes, demokratisches, friedliebendes und einheitliches Deutschland nach meiner Überzeugung bei gesamtdeutschen Wahlen sogar ein Risiko eingegangen.

Der Westen aber wies alle Angebote zurück. Da die Vorschläge der DDR und der Sowjetunion beharrlich abgelehnt wurden und alles auf den „Tag X“, d.h. eine gewaltsame Lösung, hinauslief, hat die BRD den Mauerbau von 1961 in gewissem Maße zwangsläufig herausgefordert. Übrigens erklärte USA-Präsident John F. Kennedy nach dem 13. August gegenüber seinen Mitarbeitern: „Keine besonders angenehme Lösung, aber eine Mauer ist, verdammt noch mal, besser als ein Krieg“. (Zitiert nach: „Der Spiegel“, Nr. 52/93)

Natürlich brachten die Maßnahmen, die mit der Errichtung der Mauer verbunden waren, auch für viele Bürger Belastungen. Das betraf besonders Familienbindungen. Doch im Laufe der Jahre, in denen die DDR dank der Existenz der Mauer eine wirtschaftliche Beruhigung erfuhr, erhielten immer mehr Menschen die

Möglichkeit zu Besuchen in der BRD. Wolfgang Schäuble schreibt hierzu in seinem Buch „Der Vertrag“: „Während ... bis 1984 aus der DDR unterhalb des Rentenalters jährlich höchstens 10.000 bis 20.000 Deutsche in den Westen reisen konnten, wurde ab 1985 diese Zahl auf bis zu zwei Millionen jährlich gesteigert. Zusammen mit den Rentnerreisen ergab sich etwa 1988, daß ungefähr jeder dritte Deutsche aus der DDR in diesem Jahr einmal im Westen war.“ Wie man angesichts dieser Schäuble-Zahlen vom Eingesperrtsein der DDR-Bevölkerung sprechen kann, ist wohl nicht ganz verständlich.

Das Fazit: Der Kalte Krieg ging eindeutig vom Westen aus. Den Auftakt bildete die berühmte Fulton-Rede des britischen Premiers Winston Churchill. Die BRD wurde - nach vorangegangener Einführung einer Separatwährung - vor der DDR gegründet. Die NATO entstand vor dem Warschauer Vertrag. Die BRD trat ihr bei, bevor die DDR um Aufnahme in das Bündnis der sozialistischen Staaten ersucht hatte. Und wer hat gegen wen ein politisches und ökonomisches Embargo verhängt - mit Hallstein-Doktrin und Cocom-Listen?

Übrigens war es Erich Honecker, der während seines Besuchs in Bonn davon sprach, daß er sich auch eine Grenze zur BRD vorstellen könne, die der zwischen der DDR und Polen ähnlich sei, wenn die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen würden. Vor allem hatte er die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch Bonn im Auge, nachdem der Staat DDR und dessen Grenzen bereits im Grundlagenvertrag DDR/BRD akzeptiert worden waren.

Ist das alles schon vergessen oder verdrängt?

Rudolf Nitsche

Von unserem Autor erschienen im GNN-Verlag Schkeuditz die Bücher:

Diplomat im besonderen Einsatz

1994, 176 Seiten, Preis 18 DM, ISBN 3-929994-22-4 und

Das verflixte siebte Jahr

1998, 196 Seiten, Preis 19,80 DM, ISBN 3-932725-25-5

Wo die Wählerstammtische entschieden

Die Hesse komme ...

Engels konstatierte nüchtern zur Rolle bürgerlicher Wahlen, speziell zum allgemeinen Stimmrecht, daß dieses „der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse“ sei. „Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat ...“ (MEW, 21/168)

Hessen hat gewählt. Allerdings: 35 Prozent der Stimmberechtigten lümmelten sich in den Betten, tranken Kaffee oder zogen andere Beschäftigungen vor, nahmen aber nicht an der Wahl teil. Sagt das etwas über ihre Reife aus? Und ihre Stimmung? Ich denke schon. Andererseits zeigt der Sieg der CDU, daß offener Rassismus als Wahlkampf helfer nützliche Dienste leisten kann. Was heißt das in Bezug auf den Grad der Reife bei den Wählermassen? Und wurde wirklich entschieden, ob SPD oder CDU? Ob „fast gut“ oder ganz böse? Ob „kleineres Übel“ oder ob einem übel wird? Oder handelte es sich nicht vielmehr einfach nur darum, „einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll ...?“ (Lenin, Staat und Revolution, Dietz 1987, S. 56)

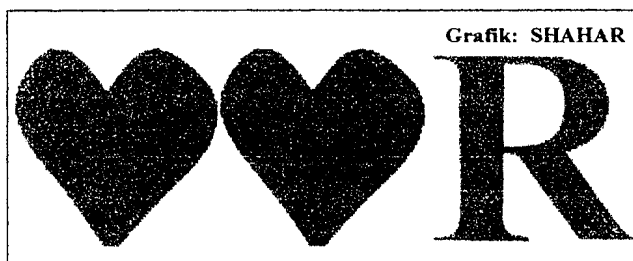
Bekam die Koalition die Rechnung für das, was sie tat oder eben nicht tat, nämlich eine neue Politik zu verfolgen? Bisher regiert das Motto der Schokoladenstangenwerbung von Raider/Twix: Kohl heißt jetzt Schröder - sonst ändert sich nix! Ehrlich, Genossen, was sollte sich bei dem selben Hausherrn auch ändern?

Ja, ja, die Zeit steht gegen uns, wenn aber ... Und ich sage euch: es wird kein „Wenn“ geben, nicht „unsere Zeit“ - jedenfalls nicht im bürgerlichen Parlamentarismus.

1968/69 - das waren noch revolutionäre Zeiten! Sagen manche. Aber um Gottes willen, was denn für welche? Bei der Bundestagswahl 1969 erhielten: CDU/CSU 46,1%, SPD 42,7%, FDP 5,8%, NPD 4,3%. Und außerparlamentarisch wurde damals der Grundstein für die Grünen gelegt. Na herzlichen Glückwunsch, wenn man betrachtet, was dabei herausgekommen ist! (Die Priorität des außerparlamentarischen Kampfes soll damit keinesfalls geleugnet werden.)

Aber was bedeuten uns dann Wahlen? Lohnt sich noch eine Beteiligung? - Direkt oder indirekt?

Aber ja! Das ergibt sich daraus, „daß die Beteiligung an den Parlamentswahlen und am Kampf auf der Parlamentstribüne für die Partei des revolutionären Proletariats unbedingte Pflicht ist, gerade, um die rückständigen Schichten ihrer Klasse zu erziehen, gerade, um die unterentwickelte, geduckte, unwissende Masse auf dem Lande aufzurütteln und aufzuklären.“ (Lenin,



nin, Der „linke“ Radikalismus ..., Dietz 1989, S. 53)

Was bedeutet dann die Hessenwahl? Für die Reaktion und für uns?

Die konservativen Kräfte heften nun wahrscheinlich ihre Resümees aus den staubigen Ordnern: Ausländerfeindlichkeit mit plebiszitärer Note ist wieder mehrheitsfähig.



Und das sollte auch unser Ansatz sein, unser Kampfansatz. Rassismus als Mehrheitsbeschaffer, hier sollten wir als DKP „erziehen, aufrütteln, aufklären“! Die CDU ist eine Partei der politischen Schizophrenie. Einerseits gibt man sich als weltmännischer „Gestalter der europäischen Integration“, andererseits bietet man Hausmannsrassistenkost für die Wählerstammtsche. Wir müssen zeigen, wer europäische Integration für wen (für Banken und Konzerne) und wie (ökonomisch, administrativ und bürokratisch, wenn möglich ohne Sozialpakt) will.

„Für die CDU wird die Versuchung im Europawahlkampf wie auch in den neuen Bundesländern sehr groß sein, mit fremdenfeindlicher Stimmungsmache in den Wahlkampf zu ziehen. Die Wähler hatten jetzt erst einmal ein Ventil ...“, schrieb G. Burkhardt, der Geschäftsführer von PRO ASYL e. V., am 9.2.1999 in der „jungen welt“. Kennt jeder von uns seinen Parteauftrag? **Hagen Bonn, Bernau**

Mitgliederzuwachs



Der DKP-Gruppe Berlin Nordost ist in jüngster Zeit eine ganze Reihe neuer Mitglieder beigetreten. Allein am 26. Februar wurden fünf Genossinnen und Genossen aufgenommen. Unter den für die Partei Gewonnenen befinden sich erfahrene Kommunisten, die früher der SED angehört hatten, erst unlängst aus der PDS Ausgeschiedene und junge Mitstreiter, die sich zum ersten Mal einer kommunistischen Partei angeschlossen haben. Die neuen DKP-Mitglieder üben in der DDR verschiedene Berufe aus - von der Medizinerin über die Herrenschneiderin und den Ökonomieprofessor bis zum Offizier der Sicherheitskräfte. Einige von ihnen stehen erst am Beginn ihres Erwerbslebens.

Was die „Aachener Volkszeitung“ am 24. Februar 1964 meldete

Die Erschießung des Friedrich Hasselfeld

Den folgenden Beitrag stellte uns Genosse **Hubert Bachhofen**, verantwortlicher Redakteur der DKP-Zeitung „Die Lupe“, aus Limburg-Weilburg, zur Verfügung:

Die Kommandeure der DDR-Grenztruppen wurden zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Da bisher Grenzsoldaten, die geschossen hatten, verurteilt wurden, wollte man dem Eindruck entgegenwirken, daß man die Kleinen hängt und die Großen ungeschoren davorkommen läßt. Es sollte wohl gleiches Recht für alle demonstriert werden.

Rolf Klement schrieb in seinem Kommentar am 11. September 1998 im „Weilburger Tageblatt“ u. a.: „Es ist nach keiner Rechtsordnung zulässig, Menschenleben auszulöschen“.

Da wollen wir uns doch einmal ansehen, wie bisher in der BRD mit Todesschützen und deren Befehlsgebern umgegangen wurde.

Ausgangspunkt sei eine Meldung der „Aachener Volkszeitung“ vom 24. Februar 1964: „Tödlich getroffen durch einen Schuß aus der Dienstwaffe eines Zollbeamten wurde der 38jährige Friedrich Hasselfeld aus Nüthem, der im belgischen Teil von Lichtenbusch eingekauft hatte und mit seinem Moped nicht beim Zollamt vorgefahren war, um die Waren zu verzollen ... Der Mopedfahrer verlangsamte zwar seine Fahrt, fuhr aber in gebückter Haltung an dem Beamten vorbei. Daraufhin gab der Zollbeamte einen Warnschuß ab und aus rund 20 Meter Entfernung einen gezielten Schuß, der Hasselfeld unterhalb des linken Schulterblattes traf.“

Der Erschossene, der in Schwerin geboren wurde, war vor einigen Jahren in die Bundesrepublik geflüchtet. (!) Er war Vater von zwei Kindern. Eine Untersuchung der Kleidung und einer Tasche ergaben, daß er eineinhalb Pfund Kaffee, 100g Tee und 20 Eier eingekauft hatte.“

Solche und ähnliche Meldungen konnte man häufig in den Grenzgebieten lesen. In den anderen Teilen der BRD hielt man dies nicht für berichtenswert! Oder können sich die Älteren an derartige Artikel erinnern? Immerhin sind laut Bundesinnenministerium an den Grenzen zu Drittstaaten von Beamten der BRD 250 Menschen erschossen worden!

Zehn Tage nach dem Tod Hasselfelds wurde der Fall in einer Bonner Fragestunde behandelt. Fragesteller war der Abgeordnete Günther (CDU/CSU). Die Antworten,

die dazu gegeben wurden, sind sehr aufschlußreich. Der damalige Bundesminister der Finanzen, Dr. Dahlgrün (FDP), sagte u. a.:

„Rechtsgrundlage für den Waffengebrauch durch Zollbeamte ist das bereits erwähnte Gesetz vom Jahre 1961 ... über den unmittelbaren Zwang ... Das Gesetz stellt in seinem Paragraphen 4 den wichtigen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit auf. Ein Zollgrenzdienstbeauftragter darf demnach nicht von der Schußwaffe Gebrauch machen, wenn ... einwandfrei erkennbar ist, daß der Fliehende nur wenig Schmuggelware bei sich führt ... Es ist bei Kraftfahrzeugen anzustreben, die Bereifung ... zu beschädigen.“

Abgeordneter Günther: „Sowohl auf deutscher wie auf belgischer Seite wurden in der Presse Äußerungen belgischer Zollbeamter wiedergegeben, die gesagt haben sollen: ‘Bei uns passiert so was nicht, daß auf Menschen geschossen wird.’ Meine Frage: Ist unser Gesetz bzw. unsere Anordnung strenger als in Belgien?“

Dr. Dahlgrün: „Die Grenzen Deutschlands sehen anders aus als die Grenzen Belgiens. Wir haben sehr schwierige Grenzen! Denken Sie einmal an die Alpen, an den Bayerischen Wald, denken Sie an die Zonengrenze! (!!!) ... Ich darf Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß dieses Gesetz erst im Jahre 1961 (!) vom Bundestag einstimmig (!) beschlossen worden ist. Wir müssen das Anhalterrecht an der Grenze aufrechterhalten!“ (!)

Im Organ des Bundes der deutschen Zollbeamten „Der Deutsche Zollbeamte“ war u. a. folgendes zu lesen: „Was aber soll das große Geschrei, besonders in der Presse? ... Dieser Schmuggler ist nicht wegen des geringfügigen Schmuggelgutes erschossen worden. Der Zollbeamte ist doch kein Hellscher. Vielmehr mußte er annehmen, daß ein Mann, der durch Zuruf und Warnschuß zum Halten aufgefordert worden ist und trotzdem weiterfährt, sich einer besonders schwerwiegenden Grenzverletzung schuldig gemacht hat ... Konnte dieser Mann nicht vielmehr staatsgefährdendes (!) Material bei sich führen, Rauschgifte, konnte er nicht ein langgesuchter Verbrecher sein? Er war ein Kleinschmuggler, aber wußte man das vorher?“

Übrigens: Die Bundesregierung stellte dem Todesschützen einen Anwalt. Der Angeklagte wurde vom Vorwurf der „fahrlässigen Tötung“ freigesprochen! □

Zur Hetzjagd auf die Waldheim-Richter und -Staatsanwälte

Kurzer Prozeß

Nachdem sich gewisse Leute dafür entschuldigt haben, daß es mit der Konterrevolution am 17. Juni 1953 noch nichts wurde und daß die DDR am 13. August 1961 ihre Grenzen sicherte, wird es langsam Zeit, sich auch für eine unglaubliche Untat zu entschuldigen: das Einsperren von Nazis in ehemalige Konzentrationslager wie Sachsenhausen und Buchenwald nach 1945!

Laut Potsdamer Abkommen waren „... alle Personen, die für die Besatzung und ihre Ziele gefährlich sind ...“ zu verhaften und zu internieren.“ Na schön - aber sie in KZ-Baracken zu pferchen?! Hätte man das nicht eleganter regeln können? In Weimar zumindest war nicht so viel zerborst wie in Oranienburg. Hätte man die Internierten nicht statt in den Baracken von Buchenwald in einigen der vielen Schlösser unterbringen können?

Nachdem sich die Häftlinge von Buchenwald selbst befreit hatten, besichtigte auch General Eisenhower das Lager. Fotos zeigen ihn, wie er fassungslos und mit entsetzter Miene die Leichen betrachtet und mit ehemaligen Häftlingen spricht, die nur noch Haut und Knochen sind. Damals machten die Amerikaner kurzen Prozeß: Alle erwachsenen Einwohner Weimars, die natürlich von all dem nichts gewußt hatten, mußten rauf zum Eitersberg, das Lager besichtigen. Im Weigerungsfalle hätten sie keine Lebensmittelkarten bekommen, was gleichbedeutend mit Verhungern gewesen wäre.

Aber nicht nur die russischen Barbaren, auch die westlichen Alliierten nutzten frühere KZ und andere Lager, um Internierte „unterzubringen“. So schildert Ernst von Salomon das Leben in einem ehemaligen Arbeitsdienstlager auf dem Natterberg bei Plattling im bayerischen Donautal.

Salomon war ein Rechtsradikaler, ging nach 1918 mit den Freikorps ins Baltikum, denn „der Krieg ließ unsere Grenzen nach Osten offen ... Was unseren Kampf in Kurland möglich machte, war die Furcht des Westens vor dem Bolschewismus“, schrieb er in seinem Buch „Die Geächteten“. Salomon „operierte“ auch in Oberschlesien gegen die Polen, stand im Kapp-Putsch gegen deutsche Arbeiter und war an der Ermordung des Außenministers Walther Rathenau beteiligt, wofür er einige Jahre ins Zuchthaus mußte. Rathenau, ehemaliger Chef der AEG, wurde am 24. Juni 1922 durch ein Kommando Rechtsradikaler, Vorläufer der Hitleristen, in Berlin erschossen.

Ernst von Salomon war kein Nazi. Deshalb zeigte er sich auch erstaunt, als ihn 1945 amerikanische Offiziere als „big Nazi“ verhafteten. Schließlich hatte er seine Strafe abgessen! Seine Lebensgefährtin Ille, eine junge Jüdin, die unter seinem Schutz Ausschwitz entgangen war, rief empört aus: „Sir - I am Jewish!“. So meinte sie, ihren Mann schützen zu können. Aber die Amis interessierte das nicht. Ohne einen Befehl, einen Beschluß vorzuweisen, machten sie kurzen Prozeß. Sie nahmen die Jüdin, da sie die Amtshandlung der Besatzer

störte, gleich auch noch mit. Sie landete in einer Baracke mit KZ-Aufseherinnen, BDM-Führerinnen, Sekretärinnen von NSDAP-Dienststellen und anderen. Auch eine Ärztin war darunter. Sie hatte angeblich nur - und Salomon glaubte ihr - auf SS-Befehl den Gesundheitszustand von Häftlingen „begutachtet“. Alte erklärte sie füruntauglich, die mörderisch schwere Zwangsarbeit zu verrichten. Was sie vielleicht nicht wußte - die Untauglichen kamen in die Gaskammer. Die Amis nahmen ihr das nicht ab und verurteilten sie nach kurzem Prozeß zum Tode. Salomon schildert in „Der Fragebogen“ auf 58 Seiten genau, wie es im Lager zuging, und wer die Internierten waren: Die Prügel bei der Einlieferung und den Verhören, die ausgeschlagenen Zähne, das Spießrutenlaufen, bei dem die „Texas Boys“, wie die Ami-Soldaten sich nannten, die Gefangenen mit Gummiknüppeln „erzogen“, die unhygienischen Zustände, den Hunger, die Krankheiten.

Wenn seine jüdische Freundin wegen „Störung einer Amtshandlung“ interniert worden war, weshalb wurde sie dann bis 1946 festgehalten? Als „Zeugin im Mordfall Rathenau“, obwohl sie Salomon zu jener Zeit noch gar nicht gekannt hatte. Übrigens: Es gab keinen neuen Prozeß wegen des Rathenau-Mordes.

Die Internierten waren, wie auch in Buchenwald und Sachsenhausen, vorwiegend hohe Offiziere der SS, der Gestapo, der Wehrmacht sowie Staatsanwälte, Richter und leitende Leute der Nazi-Ministerien. Aber auch Lehrer, die Kinderlandverschickungslager geleitet hatten und gar nicht Mitglieder der NSDAP gewesen waren, oder die kleinen Beamten der umliegenden Dörfer. Hätten sie in Buchenwald gesessen, würde man sie heute als Unschuldige einstufen und entschädigen. Auch Ausländer waren dabei, der Henker von Prag, ein kroatischer Ustascha-General, die alle an ihre Staaten ausgeliefert und hingerichtet wurden.

Als die Lager 1950 nach Gründung von BRD und DDR aufgelöst wurden, geschah im Westen den meisten Faschisten nichts. Wie auch? Die Richter und Staatsanwälte waren ja noch dieselben wie vor 1945. Einer, der spätere baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Filbinger, hatte als Wehrmachtsrichter noch nach der Kapitulation mit deutschen Soldaten kurzen Prozeß gemacht und sie hinrichten lassen, weil die Kampfmüden „desertieren“ wollten. Globke, der die Nürnberger Rassegesetze kommentiert, d.h. erläutert hatte, wie sie „richtig“ anzuwenden seien, war die rechte Hand Adenauers geworden. General Gehlen hatte während des Krieges mit dem Reichssicherheitshauptamt der SS als Leiter der Abteilung „Fremde Heere Ost“ die Spionage gegen die Sowjetunion organisiert. Nun stand er - diesmal auf Empfehlung der CIA - an der Spitze des Bundesnachrichtendienstes in Pullach bei München. In der DDR war das natürlich anders. Als die sowjetischen Behörden 1950 ihre Internierungslager auflösten, übergaben sie 3.432 Häftlinge

aus Sachsenhausen, Buchenwald und Bautzen der DDR-Justiz, in der allerdings keine Nazis als Richter oder Staatsanwälte tätig waren. Daniela Dahn hat sich sachkundig gemacht. In einem Artikel über die sogenannten Waldheim-Prozesse von 1950, den sie 1998 veröffentlichte, berichtet sie, daß in drei Monaten 32 Todesurteile (davon 24 vollstreckt), 146 lebenslängliche und 2.745 mehr als zehnjährige Freiheitsstrafen ausgesprochen wurden. Nach Überprüfung der Urteile, schreibt sie, begann man 1952, rund 1.000 Inhaftierte auf freien Fuß zu setzen. 1956 saßen noch etwa 35 hohe Nazis ein. Die letzten beiden wurden 1964 entlassen.

Mord? Exzeß? Daniela Dahns Meinung hierzu: „Ich gehe nicht so weit, die Waldheim-Richter für ihr Vorgehen zu verteidigen, aber aus dem Verständnis der damaligen Zeit verurteile ich sie auch nicht. Wie sie heute gnadenlos verfolgt werden, empört mich ... ich fühle mich geradezu gedemütigt, wenn der Bundestag, das Parlament des Staates, der Rechtsnachfolger des 3. Reiches ist, anders als die letzte Volkskammer der DDR ohne Einzelfallprüfung alle Verurteilten von Waldheim per Gesetz rehabilitiert oder ihren Nachkommen mit meinen Steuergeldern hohe Entschädigungen zahlt. In dieser Bundesrepublik genügt es, von Kommunisten verurteilt worden zu sein, um als Faschist voll rehabilitiert zu werden ...“

Mord? Exzeß? Kurzer Prozeß? „Die Mehrzahl der in Waldheim zum Tode Verurteilten waren Nazi-Juristen“, schreibt Daniela Dahn. Sie waren ausnahmslos an dutzenden oder hunderten Todesurteilen beteiligt. Gleiches galt für die ebenfalls auf der Anklagebank sitzenden SS- und Gestapoleute.

Daniela Dahn fragt sich, „welches Rechtsempfinden zur damaligen Zeit eigentlich im übrigen Europa geherrscht haben mag.“ Sie führt an, daß allein in den drei Westzonen Deutschlands 250.000 Leute in Internierungslagern saßen (so auch die Jüdin Ille). „Die ehemaligen KZ waren überbelegt. Bis 1950 hatten die Besatzungsgerichte der Westalliierten ungefähr 430 Todes- und 2.100 Gefängnisstrafen ausgesprochen.“ In Frankreich gab es 3.000 spontane Hinrichtungen von Kollaborateuren ohne Urteil und 1.325 durch Standgerichte. In Norwegen bestanden 15 Zwangsarbeitslager für 92.000 „Quislinge“, also Leute, die Hitlers dortigen Statthalter unterstützt hatten. 45 Todesurteile wurden gefällt. In Holland fanden 200.000 Verhaftungen statt, von 200 Todesurteilen vollstreckte man 38. In Dänemark folgten auf 78 Todesurteile 46 Hinrichtungen. In Belgien sprachen Militär Richter 238 Todesurteile aus.

„Nach diesem Faschismus konnte man keinen salonfähigen Antifaschismus erwarten“, folgert Daniela Dahn. „Die Forderung, man hätte formaljuristisch perfekte Prozesse führen müssen, ist unhistorisch, lebensfremd, fanatisch-unmenschlich.“

Sagt da immer noch jemand „Entschuldigung“?

Walter Florath

Unrechtsurteile aufheben - Opfer rehabilitieren und entschädigen!

Die neu entbrannte Amnestiedebatte ist nicht nur von verständlichen Emotionen belastet, sie leidet vielfach auch an unzureichender juristischer Sachkunde - worauf Friedrich Wolff im ND vom 16./17.1.1999 und Karl-Eduard v. Schnitzler in diesem Blatt hinwiesen. Besonders arg wird es dann, wenn Politiker, die als Sozialisten oder als Linke auftreten, **ohne die erforderliche Sachkunde** oder ohne sich zuvor (bei kompetenten Leuten) sachkundig gemacht zu haben, politische Erklärungen zur Sache, so zur Frage einer Amnestie, abgeben. Hinzu kommen die Manipulierung durch die Medien und Umfragen mit inadäquater oder geradezu irreführender Fragestellung wie: „Sind Sie für eine Bestrafung schwerer Menschenrechtsverletzungen?“

Wegen des erheblichen Klärungsbedarfs einige Stichworte zur **juristischen** Dimension des Themas:

Amnestie setzt strafrechtliche Schuld voraus; wo keine Straftat vorliegt, kann auch nichts amnestiert werden. Folglich sind die jetzt aufgeworfene Frage, ob die Zeit für eine Amnestie „schon reif“ sei, oder der Hinweis auf baldige Verjährung dann abwegig, ja bössartig, wenn überhaupt keine Straftaten begangen wurden. Ob sich aber die DDR-Bürger, um die es geht, überhaupt strafbar gemacht und strafrechtliche Schuld auf sich geladen haben, hängt nicht von subjektiven politischen oder moralischen Ansichten ab, sondern **ausschließlich von der DDR-Rechtslage, von den geschriebenen DDR-Gesetzen**, ganz gleich, ob man diese für gut oder für schlecht hält.

Da in die Debatte vielfach die Interessen von Opfern eingebracht werden, muß man daran erinnern, daß durch die Bestrafung eines Täters niemals eine Rehabilitierung oder Entschädigung oder sonstige Wiedergutmachung eines Opfers bewirkt wird. Andererseits verlieren Opfer durch eine Amnestie weder eine derartige Entschädigung noch den Rechtsanspruch auf solche.

Nun verweisen einige selbsternannte Fürsprecher „der“ Opfer auf deren Genußbedürfnis. Aus meiner Erfahrung als Strafverteidiger muß ich Friedrich Wolff zustimmen: **Wirkliche Opfer**, und zwar nicht nur so prominente wie Bahro, Harich u.a., sondern auch andere erklärten vielfach vor Gericht entweder die bundesdeutsche Justiz (unjuristisch) nicht für zuständig oder brachten sonst zum Ausdruck, daß sie an einer Bestrafung der vor den BRD-Gerichten stehenden DDR-Bürger nicht interessiert seien; zumindest war für viele deren Bestrafung nicht so wichtig, wie es in dieser Amnestie-

debatte von bestimmter Seite behauptet wird. Auch sei ins Stammbuch der Unkundigen geschrieben: Unrecht und individuelle strafrechtliche Schuld sind etwas ganz Verschiedenes. Nicht überall wo Unrecht (im juristischen Sinn, z.B. ein Fehlurteil, durch das jemand „hinter Gitter“ kommt) vorliegt, gibt es auch eine Straftat; die überall vorkommenden Justizirrtümer beruhen in aller Regel nicht auf einer Straftat, etwa einer Rechtsbeugung. Nun zur Kernfrage, um die sich fast alle Diskutanten herumdrücken: Zur Frage der **Strafbarkeit von Handlungen von DDR-Bürgern, namentlich von DDR-Hoheitsträgern, Grenzsoldaten, Richtern, Staatsanwälten, Vollzugsbediensteten und anderen Staatsfunktionären**, die unter die Amnestie fallen sollen oder nicht. Diese Frage ist **nach dem Strafgesetz** zu beantworten, **das zur Tatzeit am Tatort galt**, also nach dem **Recht der DDR**. Es hätte also in betreffenden Umfragen sachgerecht gefragt werden müssen: „Sind Sie dafür, daß DDR-Bürger, die kein DDR-Strafgesetz verletzt, bestraft werden sollen?“

An sich ist völlig unbestritten, daß diese Frage nach dem DDR-Gesetz beantwortet werden muß. Alle mit derartigen Fällen befaßten BRD-Gerichte, auch das Bundesverfassungsgericht, gehen - jedenfalls verbal - in Übereinstimmung mit dem Einigungsvertrag von dieser Rechtslage aus. Nun ist es aber so, daß die bundesdeutschen Richter und Staatsanwälte, die die strafrechtliche Verfolgung von DDR-Bürgern wegen noch in der DDR begangener „Alt-Taten“ betreiben, durch Ausbildung und Praxis auf das BRD-Recht fixiert sind und nun „über Nacht“ **fremdes Recht** anzuwenden haben.

Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Bundesregierung, namentlich der zeitweilige Justizminister Kinkel, die Staatsanwälte und Richter der BRD gar nicht mit dem DDR-Recht vertraut machen wollten, es vielmehr gern sahen und sehen, daß die BRD-Juristen ihre dem DDR-Recht fremden Rechtsvorstellungen der „Anwendung“ des DDR-Rechts zugrunde legen, was zur Prägung des Begriffs „Siegerjustiz“ führte.

Als Kenner des DDR-Rechts, insbesondere des DDR-Strafrechts, muß ich feststellen, daß in zahlreichen Fällen dem DDR-Gesetz widersprechende Fehlentscheidungen, gesetzwidrige **Unrechtsurteile** gefällt bzw. bestätigt wurden. Eine **Amnestie** wäre juristisch deshalb nicht der richtige Weg, weil sie von der Rechtmäßigkeit dieser Urteile ausginge und sie noch bekräftigen würde. Daß die betreffenden Verurteilungen Unrecht sind, sei in aller Kürze begründet:

1) Das DDR-Strafgesetz wird in mehreren Fällen durch **gesetzwidrige** Strafverfolgung bereits **verjährter** Straftaten verletzt, indem unter offener Mißachtung des Wortlauts der betreffenden Gesetze ein **Ruhen** der Verjährung angenommen wird. Der BGH erfand einen „**quasigesetzlichen** Grund für das Ruhen der Verjährung“.

2) In Fällen der Rechtsbeugung wird vielfach anstelle des Gesetzestextes, anstelle des Wortes „**gesetzwidrig**“ mit dem Begriff „**rechtswidrig**“ operiert, was juristisch einen großen Unterschied ausmacht und zu einer gesetzwidrigen Ausweitung der Strafbarkeit führt.

3) Bei der Verurteilung von DDR-Grenzsoldaten und -offizieren wird durchgängig „übersehen“, daß sie durch die Verfassung der DDR, und zwar durch Art. 7, also durch einen Verfassungsauftrag, verpflichtet waren, die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen der DDR zu gewährleisten.

4) Hinzu tritt die uns von der BRD-Justiz in politischen Strafverfahren schon aus den 50er Jahren geläufige **Sachverhaltsverfälschung** als „Grundlage“ politisch motivierter Unrechtsurteile.

5) Dazu kommt weiter die Umdeutung von Rechtsbegriffen des DDR-Rechts nach bundesdeutschen Rechts- und Wertvorstellungen, von verschiedenen anderen Rechtsfehlern ganz zu schweigen.

6) Soweit BRD-Rechts- und Wertvorstellungen sowie bundesdeutsche Strafrechtslehren zum Zwecke der Verurteilung von DDR-Bürgern, namentlich von Hoheitsträgern herangezogen werden, erfolgt direkt und erklärtermaßen ein Verstoß gegen das international anerkannte **Rückwirkungsverbot**, wie es im Art. 103 Abs.2 GG verankert ist. Das Bundesverfassungsgericht hat solchen Rechts- und Verfassungsbruch in seiner Entscheidung gegen Keßler u.a. (s. „RotFuchs“, Nr. 10, S.13) vorgeführt. Aus juristischer Sicht und aus meinen Erfahrungen als Strafverteidiger ergibt sich für mich die Konsequenz: **Die vorerwähnten Unrechtsurteile müssen aufgehoben werden, die zu unrecht Verurteilten sind zu rehabilitieren und zu entschädigen.**

Da die Bundesrepublik ohnehin noch die Rehabilitierung von besonders in den 50er Jahren zu unrecht Verurteilten schuldig ist, ergibt sich - etwa aus Anlaß des 50. Jahrestages der BRD - die Gelegenheit einer umfassenden Rehabilitierung sowohl dieser Opfer durch den Kalten Krieg bedingter rechtswidriger politischer Strafverfolgung als auch der seit 1991 gesetzwidrig verurteilten DDR-Bürger. □

50 Jahre BRD: Wie das Grundgesetz untergraben wurde

„Die Republik vor Gericht“

Nein, dieses Mal ist damit nicht die Deutsche Demokratische Republik gemeint: Heinrich Hannover hat unter diesem Titel den 1. Band seiner „Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts“ vorgelegt. Er beginnt ihn mit einer „Jugend in Deutschland“, behütet im bürgerlichen Elternhaus in Anklam, in das nach 1933 der Faschismus einzieht. Für Hannover bringt er die Uniformen der HJ, des RAD und dann der Wehrmacht. Einer Verwundung verdankt er es, nicht gen Osten in die Gefangenschaft zu marschieren, sondern nur sehr kurze Zeit in einem Lager der U.S. Army zu verbringen. Die Enteignung des elterlichen Besitzes in Anklam durch die SMAD empfindet er noch als ungerecht, sodaß erstaunlich, aber auch beachtlich erscheint, daß er nicht in einer revanchistischen Studentenverbindung weitermacht. Dem Jura-Studium folgt 1954 die Zulassung als Anwalt in Bremen, die Hoffnung auf eine

Karriere als Vertreter der reichen Kaufmannsbourgeoisie. Seine erste Verteidigung ist stattdessen das Pflichtmandat für einen Kommunisten, dem wegen Teilnahme an einer Arbeitslosendemo die ganze Liste „landfriedensbrecherischer“ Taten vorgeworfen wird. So wurde er von einem Tag zum anderen „der Kommunistenverteidiger“ und aus war's mit der Kaufmanns-klientel...

Hannover wurde einer der herausragenden politischen Strafverteidiger der Adenauer-Republik und jener Jahre, die folgten. Davon berichtet er in den knapp 30 Kapiteln an ausgewählten Fällen. Für die demokratische, antifaschistische, antimilitaristische Bewegung war seine Arbeit oft wichtige Hilfe vor Gericht. Ein Wirken, das sich durchaus in die Tradition jener Anwälte der Roten Hilfe stellen will, die in der Weimarer Republik gegen eine ultrareaktionäre Justiz kämpften, bis der Faschismus ihnen Arbeitsmöglichkeiten und

manchen - wie Hans Litten - das Leben nahm. Schon über diese Zeit hat Hannover, mit Elisabeth Hannover-Drück, ein Werk verfaßt, das durch die Beispielhaftigkeit der behandelten Fälle ein Lehrbuch über Klassenjustiz ist: „Politische Justiz 1918 - 1933“ (Fischer, Frankfurt/M. 1966). Ich bekam dieses Buch von Hannover im Juli 1971, als ich im Gefängnis saß. Am 15.7. d. J. war ich nach einem Feuergefecht mit Hamburger Polizisten verhaftet worden. Wie meine seinerzeitige Mitkämpferin aus der RAF, Petra Schelm, während dieser bürgerkriegsmäßigen Operation von Polizeiangehörigen aus dem Hinterhalt erschossen wurde, haben Hannover und sein Kollege Wolf-Dieter Reinhard in dem Prozeß gegen mich aufgedeckt. Auch ihn behandelt Hannover in seinem neuen Buch.

Als er mir damals seine Arbeit über die Wei-

Fortsetzung auf Seite 11

Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland

Den Rechtsbruch im Visier

Das Solidaritätskomitee für die Opfer der politischen Verfolgung in Deutschland besteht seit 1990. Ihm gehören Persönlichkeiten verschiedener Parteien und Organisationen aus allen Gegenden des Landes an. Es entstand, nachdem Erich Honecker und andere führende Persönlichkeiten verhaftet worden waren. Die Initiative zu seiner Gründung ergriffen damals bekannte Kommunisten aus dem Ruhrgebiet.

Das Komitee machte es sich von Anfang an zur Aufgabe, die nationale und internationale Öffentlichkeit über die mit dem Ende der DDR und dem Sieg der Konterrevolution einsetzende Welle von Rechtsbeugungen und Rechtsbrüchen der BRD-Klassenjustiz zu informieren, um den von der offiziellen Propaganda genährten Illusionen über den vermeintlichen Rechtsstaat zu begegnen.

In Kanada, Frankreich, Österreich, Argentinien, Chile, Tschechien, Spanien, Portugal und anderen Ländern verbreiteten Antifaschisten seitdem Materialien des Komitees über die politische Strafverfolgung in Deutschland. Sie trugen auch durch eigene Publikationen zur Aufklärung bei. Das Echo dieser Aktivitäten verhallte nicht ungehört. Die moderne Technik eröffnete vielfältige Kanäle der Information zu Verbänden, Parteien und Einzelpersonen in aller Welt. Vertreter des Komitees nutzten die Gelegenheit, in einer Reihe von Staaten persönlich über die Abrechnung der bundesdeutschen Staatsanwaltschaften und

Gericht mit DDR-Bürgern und für die DDR-Aufklärung tätig gewesen BRD-Bürgern zu berichten.

Großes Aufsehen rief ein vom Komitee gemeinsam mit anderen Organisationen verbreitetes Memorandum von 13 Spitzenpolitikern aller Parteien, die in der DDR bestanden hatten, hervor. Darin wurde zum Bruch des Völkerrechts, darunter des Einigungsvertrages zwischen DDR und BRD, Stellung genommen.

In zahlreichen Städten und Orten Deutschlands - so in Aachen, Chemnitz, Cottbus, Erfurt, Halle, Karlsruhe, Regensburg, Röbel, Suhl, Waren und Buchholz/Nordheide - erfuhren Versammlungsteilnehmer die Wahrheit über Ermittlungsverfahren, Prozesse und Urteile gegen DDR-Funktionsträger und westdeutsche Kundschafter der DDR. Damit wurde der Fälschertätigkeit der bürgerlichen Medien und der Öffentlichkeit des „Rechtsstaates“ entgegengewirkt.

Das Komitee sucht durch seine Presseerklärungen und Mitteilungen konkrete Fälle der Rechtsbeugung von Richtern und Staatsanwälten bekanntzumachen und anzuprangern. Leider ist das Interesse selbst linker Blätter für unsere Informationen oft nur gering.

Als besonders wichtig erweist sich die Anwesenheit von Antifaschisten bei den Verhandlungen gegen politisch Verfolgte, die wegen ihres Eintretens für den Sozialismus in der DDR unter Anklage stehen. Das Komitee macht deshalb die Prozeßtermine

rechtzeitig bekannt, um ein Maximum an Solidarität zu mobilisieren und der Klassenjustiz das Gefühl zu nehmen, faktisch hinter verschlossenen Türen verhandeln zu können.

Um das rechtswidrige Wirken der Sonderstaatsanwaltschaft II nachzuweisen, hat das Komitee bisher 22 Dokumentationen herausgegeben. Sie enthalten Erklärungen der vor Gericht Gestellten, Anträge der Verteidigung, Gerichtsbeschlüsse und andere Materialien.

Das Komitee hat eine organisierende Rolle bei der Schaffung und Aufrechterhaltung persönlicher Kontakte zu den in Haft befindlichen Verurteilten gespielt. Durch die ständige Bekanntgabe ihres jeweiligen Aufenthaltsortes wurden ein Strom von Solidaritätspost und regelmäßige Besuche bei den Inhaftierten gewährleistet.

Freunde des Komitees nehmen an Veranstaltungen verschiedener Art teil, um dort entweder über die politische Strafverfolgung in der BRD zu sprechen oder spezielle Materialien anzubieten. Sie schreiben, wo immer sich Möglichkeiten bieten, Artikel für kleine und größere Zeitungen. Auch alte Auslandskontakte werden genutzt, um das Netz der internationalen Verbundenheit weiter auszubauen.

Die Mitarbeit im Komitee steht jedem, der Solidarität üben will, offen. Auch Spenden können helfen, unsere Arbeit zu unterstützen.

Klaus Feske, Sprecher des Komitees

Fortsetzung von Seite 10
 marer Klassenjustiz überreichte, obwohl ich Besuchs- und Postverbot hatte, war für ihn selbstverständlich, daß ein Studium eben dieser Justiz für meine Verteidigung notwendig war und er nicht gegen anwaltliches Standesrecht verstieß. Daß seine eindeutige Haltung zu den Rechten Beschuldigter und den Rechten und Pflichten ihrer Verteidiger mit denen mancher Gerichte kollidierte, schildert er in einem anderen Kapitel: Seine konsequent demokratische Überzeugung und Berufspraxis brachten ihm selbst Verfahren ein, so z.B., weil er die Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF als Folter bezeichnet hatte. Das ganze Ausmaß der Kriminalisierung sogenannter Terroristenverteidiger bis zur eigenen Inhaftierung blieb ihm erspart, nicht aber die Verketzerung in der Presse und die folgenden anonymen Drohungen, von denen er berichtet.
 Im Vorwort der „Republik vor Gericht“ schreibt er: „Wer mein zusammen mit Elisabeth Hannover-Drück geschriebenes Buch „Politische Justiz 1918 - 1933“ kennt, wird die Fortsetzung von Traditionslinien erkennen, die zum Nachdenken über die Entwicklungstendenzen deutscher Geschichte Anlaß geben.“ Als Kommunist - der Hannover nicht ist und nie sein wollte - möchte ich von diesen „Traditionslinien“ anders reden: Die Willkür deutscher Gerichte gegen die Linke ist in diesem zu Ende gehenden Jahrhundert nur einmal konsequent und radikal gebrochen worden: Nach 1945 unter der SMAD von den antifaschistisch-demokratischen Organen und dann ab 1949 in der Deutschen Demo-

kratischen Republik unter der Leitung der früheren Rote-Hilfe-Anwältin und DDR-Justizministerin, Hilde Benjamin, der der Antifaschist Max Fechner im Amt vorausgegangen war.

Über das, was im kapitalistischen Landesteil von zumeist schon unter dem Faschismus aktiven Richtern und Staatsanwälten getrieben wurde, redet Hannover. Die von ihm ausgewählten Beispiele zeigen die Justiz der BRD als Kampfinstrument gegen wirkliche Kommunisten oder zu solchen erklärte fortschrittliche Menschen. Der Friedenskomitee-Prozeß (1959/60), der weit über die Grenzen der BRD Aufsehen erregte, lieferte einen Präzedenzfall, denn eine solche Kriminalisierung des Friedenskampfes gab es in Europa nur unter den faschistischen Diktaturen Spaniens und Portugals. Auch die willkürliche Ahndung kommunistischer Meinungsäußerungen - wie im Verfahren gegen die norddeutsche Tageszeitung „Blinkfuer“ - wird von Hannover vorgeführt. Er schildert die Kriminalisierung deutsch-deutscher Kontakte am Beispiel der gerichtlich verfolgten Teilnahme eines BRD-Bürgers an einer FDGB-Konferenz im Jahre 1960. Und er präsentiert den Zynismus, der sich in der erneuten Verurteilung eines bereits im 3. Reich viele Jahre inhaftiert gewesenen kommunistischen Kämpfers offenbart ...

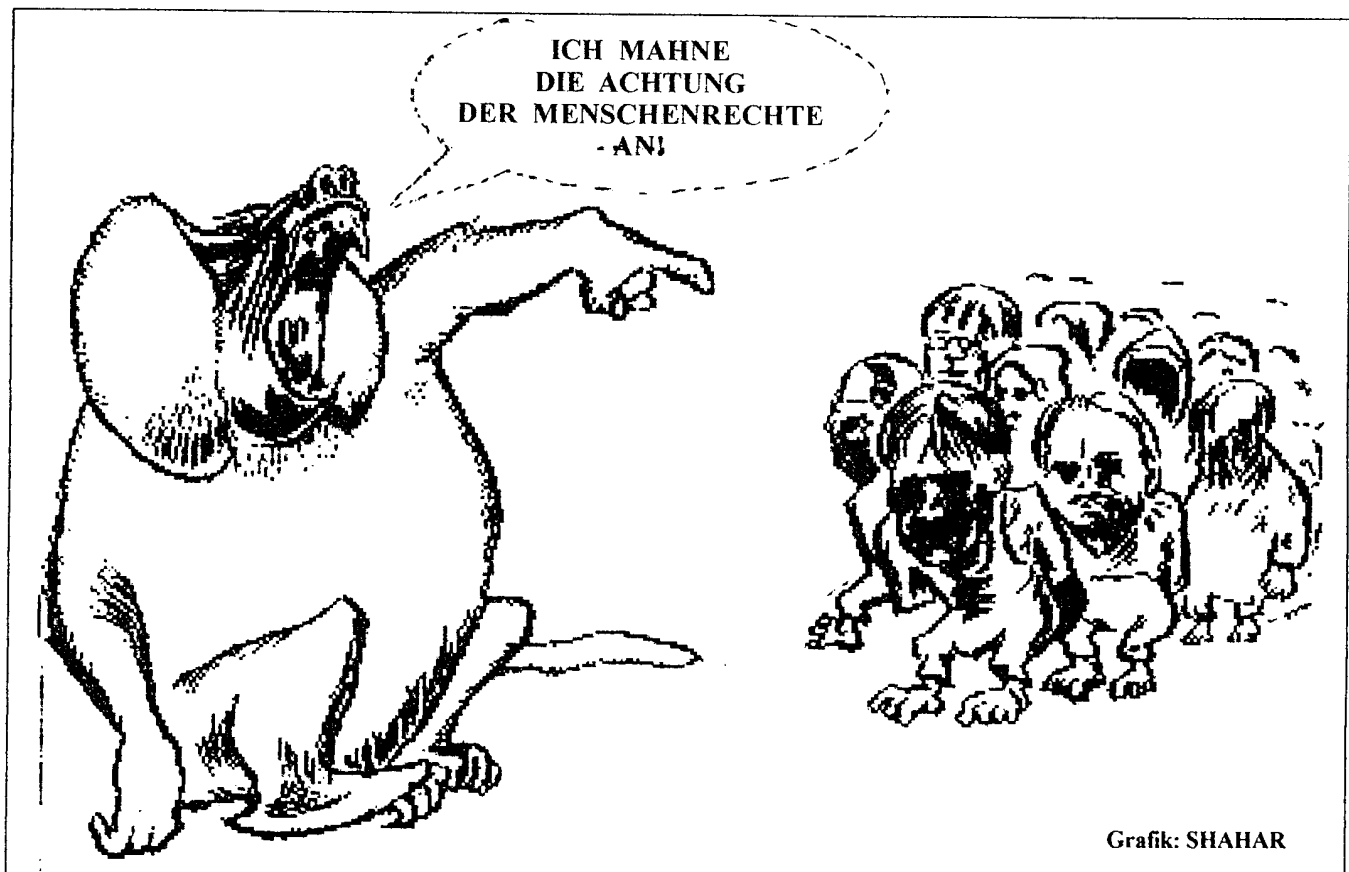
Am (Un)geist der BRD-Richter und Staatsanwälte ändert sich in den von Hannover dargestellten Fällen auch dann nichts, als sich deren Inhalt aufgrund politischer Entwicklungen im Lande verschiebt: Angeklagt wird nun wegen Demos gegen den Vietnam-

Krieg, gegen den Schah von Iran, gegen Fahrpreiserhöhungen in Bremen und nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke. „Die Erfahrungen, die heute auf Polizeiwachen, Amtsgerichten, Verfassungsschutz-Ämtern und in Untersuchungsgefängnissen gesammelt werden, sind die einzig wahre Staatsbürgerkunde, welche diese Republik zu bieten hat.“ Mit diesem Satz von H.M. Enzensberger leitete Hannover des öfteren seine Plädoyers in solchen Strafsachen ein. Er berichtete von der juristischen Verfolgung Günter Wallraffs, weil dieser sich „ein Amt angemacht“ hätte, um paramilitärische Werkschutzpraktiken aufzudecken. Und er schildert seine Erfahrungen bei der Verteidigung der im Juni 1972 gefangengenommenen und schwer mißhandelten Ulrike Meinhof, die folgende Isolationsfolter und seine Sicht einer Entwicklung, an deren Ende die Auflösung des Mandats mit den Gefangenen aus der RAF stand. Hannover überläßt es weitestgehend den Lesern, die politischen Schlüsse aus seinen Berichten zu ziehen. Ich denke, es sind Beiträge dazu, hinter dem „demokratischen Rechtsstaat“ und seiner „unabhängigen“ Rechtsprechung die kapitalistische Diktatur und deren Klassenjustiz zu erkennen.

Werner Hoppe, Hamburg

Heinrich Hannover: „Die Republik vor Gericht“, Aufbau-Verlag Berlin 1998.

Im gleichen Verlag ist der Titel von Rolf Gössner „Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges“ erschienen.



Verfassungsbrecher in roten Roben

Fast verschämt, als knappe Agenturmeldung nur und gänzlich unkommentiert, reichten Printmedien unlängst einen Rekord aus dem Vorjahr nach: 170.647 Wehrpflichtige beantragten 1998 ihre Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer. Das ist der bisherige Höchststand. Die Zahl bedeutet, daß fast ein Drittel der jungen Männer dieses Wehrpflichtigen-Jahrganges gar nicht daran denkt, sich auf's „Waffenhandwerk“ einzulassen.

Dank der jüngst von Bundeskanzler Schröder bekundeten Neigung, ins Kosovo-Abenteuer - „wenn's denn sein muß“ - sogar mit deutschen Bodentruppen einzusteigen, bestehen allerbeste Aussichten, daß dieser Vorjahresrekord 1999 zügig überboten wird.

Nun gelten den vom Volksmund sympathisch als Zivis bezeichneten Bundeswehr-Abstinenzlern seitens der staatlichen Autoritäten recht zwiespältige Gefühle.

Einerseits sind die Zivildienstleistenden als wohlfeile, weil untertariflich bezahlte Arbeitskräfte durchaus geschätzt. Ihr Einsatz - vorwiegend im sozialen oder Umweltbereich - erspart nicht unbeträchtlich Kosten, für die zu erheblichem Teil der Staatshaushalt aufkommen müßte, wenn dergleichen Dienstleistungen von „normalen Arbeitnehmern“ verrichtet würden.

Andererseits jedoch steht jeder, der nicht das werden möchte, was ein bekanntes Tucholsky-Wort drastisch beschreibt, im Verdacht, ernstesten Mangel an vaterländischer Gesinnung aufzuweisen.

Für dieses Manko mußte ein Ausgleich gefunden werden; am besten in Form einer spürbaren Benachteiligung. Und die sieht so aus: Wer sich dem Wehrdienst entzieht, muß als Zivi **drei Monate länger** Kranke transportieren, Behinderte betreuen, Landschaftsschutz betreiben etc., als sein in Feldgrau gekleideter Altersgefährte Kasernenhof und Übungsgelände zu bevölkern hat. Drei Monate länger gewissermaßen als staatliche Quittung für so etwas wie ein Fehlverhalten.

Die sie ausstellen, pfeifen damit allerdings auf das Grundgesetz der BRD. In dessen Artikel 12a (2) steht nämlich unmißverständlich:

„Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die **Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen**. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbän-

den der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.“

Was die Gewissensentscheidung angeht, war es bis 1983 Praxis, daß sich der Verweigerer obligatorisch einer Prüfungskommission stellen mußte, die - als eine Art Gesinnungs-TÜV - herauszufinden suchte, ob den Antragsteller wirklich edle moralische Motive oder simple Feigheit nur zu seinem Schritte trieben. Obwohl diese ideologischen Tiefenprüfungen alles andere als leger geführt wurden, bewirkten sie nicht, was ihre Erfinder sich von ihnen versprochen: Den Strom der Kriegsdienstverweigerer auf ein Rinnsal zu reduzieren. Also mußte ein gröberes Abschreckungsmittel her. Und eben das sollten die drei zusätzlichen Dienstmonate für die Zivis sein. Sie wurden verordnet durch eine Gesetzesänderung - aber beileibe nicht etwa des Grundgesetzes. Das gilt unverändert noch heute in der oben zitierten Form. Um der Umkehrung seines Artikels 12a (2) ins glatte Gegenteil dennoch eine Pseudorechtfertigung zu verschaffen, wurde das in solchen Fällen so hilfswillige wie zuverlässige Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bemüht.

Dieses befand, wie die Politik auch erwartet hatte, daß die prinzipielle Bereitschaft zu längerer Dienstdauer seitens der Kriegsdienstverweigerer notwendig sei als Indiz für dessen wirkliche Gewissensgründe. Der Zivildienst, so argumentieren die Hüter des Grundgesetzes in den roten Roben, dürfe dem Wehrdienst „an Lästigkeit jedenfalls nicht wesentlich“ nachstehen. Und da der Grundwehrdienstleistende sich angeblich - u. a. infolge „Unterwerfung unter Befehl und Gehorsam - in einer „stärker belasteten Lebenssituation“ befinde als der zivile Drückeberger, müsse ein „Gleichgewicht der Belastung“ beider sichergestellt werden. Eben das wiederum schließe es aus, „die tatsächliche Dauer von Wehr- und Ersatzdienst völlig und schematisch gleich zu bemessen“.

Und, hast du nicht gesehen: Schon ist mittels solcher Interpretations-Akrobatik von pfiffigen Juristen ein Grundgesetzartikel so „umgewidmet“, daß die politische Praxis völlig entgegengesetzt zu seinem Wortlaut verfahren kann.

Aber mal ganz abgesehen davon, daß die Damen und Herren Verfassungsrichter damit den ansonsten nahezu heiliggesprochenen „Vätern des Grundgesetzes“ ungeübt attestieren, bei der Textabfassung wie politische Naivlinge auch solchen Unsinn wie in Artikel 12a (2) verzapft zu haben: Die Kompetenz zu einer derartigen Umdeutung besitzen sie in gar keiner Weise. Das

Grundgesetz nämlich bindet mit seinem Artikel 1 (3) auch die Rechtsprechung - und damit sie - an die Grundrechte, und zwar so, wie diese niedergeschrieben sind.

Veränderungen des Grundgesetzes hingegen können - ebenfalls Verfassungsgrundsatz laut Artikel 79 GG - „nur durch ein Gesetz geändert werden ...“, für dessen Annahme die „Zustimmung von zwei Dritteln der Mitglieder des Bundestages und zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates“ erforderlich ist.

Offenbar weil die Aussicht auf solche Mehrheiten in dieser Frage mehr als zweifelhaft war, sprang also das wackere Bundesverfassungsgericht in die Bresche - und beanspruchte für sich, was alleiniges Recht der Legislative ist.

Die BRD ist dennoch ein Rechtsstaat ... oder etwa nur mit Abstrichen?

Vorstellbar wäre im Falle des Artikels 12a (2) GG doch mal die Probe aufs Exempel zu machen. Ein dazu vortrefflich geeigneter Anlaß ist nahe: am 23. Mai jährt sich zum 50. Mal der Tag, an dem das Grundgesetz der BRD in Kraft trat. Da böte sich für jene Bundestagsabgeordneten, die als die „wirklichen Verfassungspatrioten“ (so „Neues Deutschland“) den bekannten Brief an Alt-Bundespräsident von Weizsäcker unterzeichneten, eine glänzende Gelegenheit, ihr Bekenntnis zum Grundgesetz zu unterstreichen, indem sie sich gegen dessen Verletzung wenden - wie sie in Bezug auf die Zivildienstdauer ja eindeutig vorliegt. Das hätte nicht nur den Vorteil, mißtrauischen Verfassungsschützern die Unsinnigkeit der Observation ihrer Partei vorführen zu können. Wichtiger noch wäre es allerdings, auf diese Weise einem nicht eben kleinen Potential junger kriegsdienstverweigernder Bundesbürger in Ost und West deutlich zu machen, wer sich für ihre Interessen und gegen ihre Benachteiligung einsetzt.

Man darf gespannt sein, ob es eine dazu erforderliche Bundestagsinitiative der „Bunten Truppe“ geben wird.

Wolfgang Clausner

RotFuchs

Internet und eMail-Adresse

e-mail:

DKP-BerlinNO@t-online.de

internet:

<http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm>

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (5)

Zum Wesen des Staates

Im 50. Jahr der Gründung beider deutscher Staaten wird die Verleumdungskampagne bürgerlicher Medien zum Thema DDR eine weitere Steigerung erfahren. Die von der Eppelmann-Kommission vorgelegten 18 Protokollbände über den „Unrechtsstaat“ DDR sollen noch durch weitere 16 bis 18 Bände ergänzt werden. Demgegenüber erscheint die BRD als der „Rechtsstaat“, als das „Reich der Freiheit“. In der Auseinandersetzung zur Geschichte der beiden deutschen Staaten spielen also Fragen der Staatstheorie eine bedeutende Rolle.

In seiner bekannten Vorlesung „Über den Staat“, die Lenin 1919 an der Swerdlow-Universität hielt, bezeichnete er den Staat als „eine Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere.“ (LW, 29/369) Zu ihr gehören Armee, Polizei, Justiz, Gefängnisse, Verwaltung, Schulen usw.

Lenin hatte Gründe, während des Bürger- und Interventionskrieges sowie angesichts des Bildungsstandes seiner Hörer, den Staat sehr verkürzt auf seine Hauptfunktion zu reduzieren. Wenn der Staat jedoch allein diese Funktion hätte, würde er sich wohl kaum lange halten können. Wie erklärt sich aber die relative Stabilität des bürgerlichen Staates? Es muß also etwas geben, was diese bedingt.

Bei allen - gravierenden - Unterschieden der Staatsbildung in den verschiedenen Regionen der Welt gab es etwas Gemeinsames: den Zerfall der Urgesellschaft durch Arbeitsteilung, Erzeugung eines Mehrprodukts, Entstehung des Privateigentums und dadurch bedingte Klassenspaltung der Gesellschaft. Alle diese Gemeinwesen hatten „gemeinsame Interessen“, wie z.B. Flußregulierungen, Kalenderberechnungen, Entscheidung von Streitigkeiten, Ausübung religiöser Kulte usw. Die mit der Wahrnehmung „gemeinsamer Interessen“ beauftragten Personen und Personengruppen begannen, sich im Laufe der Zeit gegenüber der Gemeinschaft zu verselbständigen. Die Ämter wurden erblich, die Beauftragten machten sich unentbehrlich, bis sie schließlich ihre Herrschaft über die Gesellschaft errichten konnten. Wichtig ist die Schlußfolgerung von Friedrich Engels, „daß der politischen Herrschaft überall eine gesellschaftliche Amtstätigkeit zugrunde lag; und die politische Herrschaft hat auch dann nur auf die Dauer bestanden, wenn sie diese ihre gesellschaftliche Amtstätigkeit vollzog.“ (MEW 20/166f)

Diese Doppelfunktion **jedes** Staates ist festzuhalten. Sie ist der theoretische Schlüssel zur Durchbrechung der Illusion vom bürgerlichen Staat als Vertreter des Allgemeininteresses („Vater Staat“).

Die ökonomische Begründung für die Doppelfunktion des Staates gab Marx im „Kapital“. In „jeder kombinierten Produktionsweise“ sind „Oberaufsicht und Leitung“ erforderlich. Diese „ist aber doppelter Natur“. Sie entspringt „notwendig in allen Produktionsweisen, die auf dem Gegensatz zwischen dem Arbeiter als dem unmittelbaren Produzenten und dem Eigentümer der Produktionsmittel beruhen“. Oberaufsicht und „allseitige Einmischung der Regierung“ umfassen also zwei Funktionen. Die Verrichtung der gemeinsamen Geschäfte, die aus der Natur aller Gemeinwesen hervorgehen, und die spezifischen Funktionen, die aus dem Gegensatz der Eigentümer zu den Arbeitenden als den unmittelbaren Produzenten entspringen. (MEW 25/397)

Dieser dialektisch widersprüchliche und gegensätzliche Zusammenhang zwischen Amtsfunktion und politischer Funktion, d.h. Klassenherrschaftsfunktion, ist eine objektive Ursache für Illusionen über den Staat als angeblichen Vertreter des Gesamtinteresses. Dabei handelt es sich um seit Jahrtausenden bestehende Illusionen, die in unterschiedlichen philosophischen, historischen und juristischen Schulen reflektiert - und! - geglaubt werden.

Ein weiterer Aspekt für die Erzeugung dieser Staatsgläubigkeit ist die politische Mystifizierung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses als „freies Vertragsverhältnis“. Sie findet in der Zirkulationssphäre statt. „Diese einfache Zirkulation für sich betrachtet, und sie ist die Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, worin die tieferen Operationen, aus denen sie hervorgeht, ausgelöscht sind, zeigt keinen Unterschied zwischen den Subjekten des Austausches, außer nur formelle und verschwindende. Es ist dies das **Reich der Freiheit, Gleichheit und des auf 'Arbeit' gegründeten Eigentums**“, stellt Marx fest. (MEW 29/317)

In der Zirkulationssphäre ist die Ausbeutung der Lohnarbeiter nicht erkennbar. Sie ist das Reich des Scheines, des „gleichberechtigten“ Vertrages, der „freien Marktwirtschaft“. In der Zirkulationssphäre läßt die Bourgeoisie sogar mit sich handeln, läßt sie den Klassenkampf in seiner ökonomischen Form zu, auch wenn sie diesen „häßlichen Begriff“ vermeidet und ihn stattdessen als „Verteilungskampf“ darstellt. Sie sucht ihn auf Tarifverhandlungen, „Bündnisse für Arbeit“ usw. zu begrenzen. In dieser Sphäre des schönen Scheins existiert denn auch - in Grenzen! - der „Rechtsstaat“.

Aber: Sobald die Arbeiterklasse in die Produktionssphäre vordringt und sogar die Eigentumsfrage stellt, verfällt die Bourgeoisie in Hysterie, tritt die politische Funktion des Staates, die Sicherung der Klassen-

herrschaft, mit aller Schärfe in Erscheinung. Rechtsstaat - ja! solange er mit dem Klasseninteresse



der Bourgeoisie vereinbar ist. Fällt dieses weg, wird er sofort beiseitegelegt, wie durch geschichtliche Tatsachen hinreichend bewiesen ist.

Seit Anfang der 80er Jahre ist ein ständiger Abbau der Amtsfunktion, des „Sozialstaates“ in der BRD zu beobachten - bei gleichzeitiger Verstärkung der inneren (und äußeren!) Repressivfunktion des Staates. Aber die Amtsfunktion läßt sich natürlich nicht auf Null runterfahren, ohne die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu gefährden. Vielleicht liegt darin eine der Ursachen für die Ablösung der Kohl - durch die Schröder-Regierung. „Rot-Grün“ verfolgt offenbar das Ziel, die Amtsfunktion wieder stärker zu betonen, den „Sozialstaat“ vor allzu großen Belastungen abzusichern, um die Klassenherrschaft der Konzern- und Bankoligarchie zu stabilisieren.

Auch in der Ausübung der Amtsfunktion, die nicht klassenindifferent ist, bleiben die Interessen der Bourgeoisie, deren soziale und politische Macht gewahrt. So erweist sich die BRD im Bereich der Zirkulationssphäre als „Reich der Freiheit“, der Gleichheit und aller schönen Dinge, bezüglich ihres politischen Systems aber als profane Klassendiktatur der mächtigsten Bank- und Konzerngruppen.

Bemerkt sei hier: Auch der sozialistische Staat in der DDR übte beide Funktionen aus. Im Unterschied zur BRD nahm die Amtsfunktion - im Sozialismus nennt man sie wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Funktion - ständig zu, während die politische, die mit Repression verbundene Klassenherrschaftsfunktion in dem Maße eingeschränkt werden konnte, wie akute Bedrohungen durch gegenrevolutionäre Kräfte unter Kontrolle gebracht wurden. Dies war nach der Sicherung der Staatsgrenze am 13. August 1961 eindeutig der Fall. Die Amtsfunktion konnte in dem Grade an Bedeutung gewinnen, in dem die politische Funktion die Herrschaft der Arbeiterklasse sicherte. Bekanntlich erzielte die DDR auf ökonomischem und sozialpolitischem Gebiet nach dem 13. August 1961 und in den folgenden Jahren ihre größten Erfolge. Daß die bürgerlichen Medien also über die Sicherung der DDR-Staatsgrenze noch heute Zeter und Mordio schreien, ist verständlich; daß Führungskräfte einer sozialistischen Partei glauben, sich dafür entschuldigen zu müssen, bleibt unbegreiflich.

Ulrich Huar

Leseempfehlung: Engels: Anti-Dühring IV. Gewalttheorie (MEW 20/162 bis 171). Marx: Das Kapital III (MEW 25/397 bis 401)

Renegaten auf ausgetretenen Pfaden

Spurensuche (2)

Viele, die wir einst für standhafte und überzeugte Marxisten-Leninisten hielten, haben den nach der Niederlage des europäischen Sozialismus heftiger gewordenen Stürmen der Zeit nicht standgehalten. Einer von ihnen ist Wolfgang Ruge. In der DDR war er ein angesehener Historiker. Doch die Konterrevolution saß noch gar nicht so fest im Sattel, die Annexion der DDR lief gerade erst an, da beteiligte er sich bereits an ihrer ideologischen Wegbereitung. Der vielpublizierte Wissenschaftler widerrief früher vertretene Positionen und griff als erstes zur Stalinismuskeule. Erstaunlich schnell, bereits im Herbst 1990, erschien sein Buch „Stalinismus - eine Sackgasse im Labyrinth der Geschichte“. Bot es noch gewisse Ansatzpunkte für eine kritische Betrachtung weniger lichtvoller Seiten der kommunistischen Bewegung, so konnte davon in folgenden Publikationen (z.B. in der „Weltbühne“) kaum noch die Rede sein.

Ruge reihte sich in die buntgescheckte Schar der antisowjetischen Geschichtsfälscher mit ihren Schwarz- und Rotbüchern ein, übernahm den unwissenschaftlichen Begriff des Stalinismus als Synonym für das Sozialismus-Modell der UdSSR und begann, anknüpfend an die Rolle der „beiden Despoten“ (Hitler und Stalin), bei denen er zahlreiche vordergründige „Gemeinsamkeiten“ ausmachte, dieses mit dem Faschismus zu vergleichen.

Vor allem wandte sich Ruge der Revision des Leninismus zu. Eine der peinlichsten Geschichtsklitterungen fabrizierte er mit seinem Beitrag zum 125. Geburtstag Lenins, den er „Der gestrauchelte Gigant“ überschrieb. (ND 22./23. April 1995) Zu den darin präsentierten Unwahrheiten gehörte die Behauptung, die Oktoberrevolution sei es gewesen, die Not und Verwüstung ausgelöst und das Land mit Blut und Tränen überschwemmt habe, nicht aber die innere Konterrevolution und die bis dahin in der Geschichte beispiellos dastehende militärische Intervention von 14 kapitalistischen Staaten. Die maßgebliche Frage, welchen

Einfluß diese Ereignisse auf den weiteren Revolutionsverlauf, darunter das Maß der Gewaltanwendung, hatten, klammerte Ruge völlig aus.

Anlaß, erneut dreinzuschlagen, war für den gewendeten Historiker jetzt der 75. Todestag Lenins, zu dem Ruge einen ND-Beitrag schrieb, den die Redaktion geschmackloserweise auch noch mit einem Foto des bereits schwerkranken, teilweise gelähmten und offensichtlich abwesenden Parteiführers ausstattete. Das Elaborat trug den Titel: „Angetreten, die Geschichte zu überlisten“ (21. Januar 1999). Ruge geht von den Schwächen aus, die die ersten siegreichen sozialistischen Revolutionen der Welt in Rußland und später in Osteuropa begleiteten. Kritische Ansatzpunkte werden indes durch sein revisionistisches, bürgerliches Denken, seine defätistische und durchweg ahistorische Betrachtungsweise ihrer Glaubwürdigkeit beraubt und regelrecht ins Gegenteil verkehrt.

Doch zunächst ein Blick auf das, was Ruges Position früher war. In seinem Buch „Deutschland 1917-1933“ (Berlin 1974) schrieb er noch: „... Die Große Sozialistische Oktoberrevolution konnte siegen, weil an ihrer Spitze die Arbeiterklasse stand ... Entscheidend war, daß das russische Proletariat eine revolutionäre Partei - die von Wladimir Iljitsch Lenin geführte Partei der Bolschewiki - besaß ... Durch die sozialistische Revolution in Rußland fand die revolutionäre Lehre von Marx, Engels und Lenin ihre Bestätigung in der Tat. Die Praxis der russischen Revolution machte offenkundig, daß die historisch herangereiften gesellschaftlichen Umwälzungen in allen Ländern grundsätzlich der Oktoberrevolution folgen müssen.“ (S. 16 ff)

Ruge definiert heute Lenin als Pokerspieler, der antrat, „die Geschichte zu überlisten“; die Partei wird zur von ihm „befehligten Truppe“ degradiert, die die Revolution in eine „sozialistisch deklarierte Bahn“ lenkte. Durch diese Entwicklung sei „eine „Bipolarität der Welt“ herbeigeführt worden, die „fast das ganze 20. Jahrhundert prägen

sollte“. Nach der heutigen antidialektischen Logik Ruges hätten Lenin und die Bolschewiki also auf die Oktoberrevolution verzichten und die „Einpolarität“ der imperialistisch beherrschten Welt akzeptieren sollen. Zu diesem historisch-philosophischen Unsinn nur soviel: Die Bipolarität der modernen Welt existiert seit der Geburtsstunde des Kapitalismus in Gestalt des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital. Ruge hat selbst das kleine Einmal-eins des Marxismus über Bord geworfen. Von derartigen „Weisheiten“ strotzt der Beitrag. Da wird Lenin unterstellt, er „wähnte, mit der Machtergreifung der Bolschewiki ... sei die schwierigste Hürde genommen“. (Er hat sich wiederholt gegenteilig geäußert.) Daß „die Weltrevolution ausblieb“, mit der Lenin unter bestimmten Bedingungen rechnete, wird ihm als Fehleinschätzung angelastet. Kein Wort dazu, daß die Revolution beispielsweise in Deutschland von der SPD-Führung niedergeschlagen und so verhindert wurde.

Wie widersinnig Ruge schreibt, verdeutlicht sein Schlußsatz, der zwar „die kühnen und die Welt aufrüttelnden Ideen Lenins“ erwähnt, aber sofort relativierend feststellt, sie seien „mit dem Staatsgründer zu Grabe getragen worden“.

Waren es etwa beerdigte Ideen, die den Sowjetstaat über 70 Jahre existieren ließen; die bei allen später einsetzenden Deformationen den Volksmassen nie gekannte Fortschritte brachten; die die entscheidende Grundlage des Sieges der Sowjetunion über den Faschismus waren; die in Osteuropa sozialistische Staaten hervorbrachten und fast fünf Jahrzehnte am Leben erhielten; die heute überall wieder mögliche Aggressions- und Expansionskriege verhinderten; die den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems herbeiführten? Zeugen nicht China, Vietnam und Kuba, um nur diese Staaten zu nennen, vom weiterwirkenden Einfluß der Leninschen Ideen?

Zu fragen bleibt aber auch, was einstige Verfechter der Sache des Marxismus-Leninismus dazu bewogen hat, auf die andere Seite der Barrikade zu wechseln. Eine Antwort darauf wird künftiger Spurensuche bedürfen.

Gerhard Feldbauer

Anläßlich des Internationalen Frauentages

laden wir zu einem satirisch-poetischen Programm mit

GISELA STEINECKERT EIN.

Die Veranstaltung findet am Sonntag, dem 7. März 1999 um 15.30 Uhr in Pankow, Breite Straße 48, statt.

DKP Berlin

Kleine Nachhilfe für Gedächtnisschwache (2)

„Entwicklungshelfer“ mit Buschzulage

In seinem Bericht an die Eppelman'sche Enquête-Kommission zur Erfindung von „DDR-Unrecht“ erklärte ein BRD-Professor Niemann, „die Ergebnisse von DDR-Forschern“ seien „nicht das Papier wert, auf dem sie gedruckt wurden“ und die „Hochschulausbildung in den neuen Bundesländern“ mache „nur Sinn, wenn Leute aus den alten Bundesländern dort lehren“. Kurt Andrá hat im „RotFuchs“ Nr. 12 mit seinem Bericht aus der Augenklappe Marzahn ein Beispiel dafür geliefert, wie gesundheitliche und soziale Unterstützung in der DDR erfunden wird.

Ein Feld, wo sich solcher Schwindel in ähnlicher Weise zeigt, ist auch die Rehabilitationspädagogik für intelligenzgeschädigte Kinder, die die Lehrplananforderung der Hilfsschule - insbesondere im Lesen, Schreiben und Rechnen - nicht erfüllen konnten. Das war mein früheres Arbeitsgebiet an der Humboldt-Universität.

Im Ergebnis gemeinsamer Forschung von Wissenschaftlern und Studenten der Sektion Rehabilitationspädagogik mit engagierten Praktikern aus staatlichen Fördereinrichtungen dieses Bereichs ist zu DDR-Zeiten Bedeutendes geleistet worden. Es wurde ein umfassendes System von Einrichtungen zur rehabilitativen Bildung und Erziehung dieser Geschädigten (Behinderten) geschaffen. Ihre Einbindung in die Rehabilitationszentren, in denen speziell ausgebildete Pädagogen, Fachärzte und Physiotherapeuten interdisziplinär zusammenarbeiteten, ermöglichte eine qualifizierte Bildung, Erziehung und medizinische Versorgung.

Fachkollegen aus den alten Bundesländern mahnten uns in der Endphase der DDR, wir sollten diese beispielhaften Einrichtungen - komme es zu einer „Vereinigung“ beider deutscher Staaten - um keinen Preis zerstören lassen. Und doch gehörten gerade sie nach der Annexion zu jenen, die fast sofort ausgeschaltet wurden. Eine oppositionelle „Initiativgruppe“ aus dem Osten lieferte wahre Gruselstories als Vorwand für die „Abwicklung“. So konnte die Leitung der Bundesvereinigung „Lebenshilfe“ schon 1990 in ihrer Zeitung mitteilen, wie „katastrophal die Betreuung der Geistigbehinderten“ (was immer man darunter verstehen mag) in der DDR sei, und daß man auf diesem Gebiet dringend „Entwicklungshilfe“ leisten müsse.

Dank dieser „Hilfe“, durch die uns „Buschzulage-Akademiker“ beibringen sollten, wie man das Wort „Sonderpädagogik“ überhaupt schreibt, waren wir über Nacht wie-

der auf dem organisatorischen, inhaltlichen und didaktisch-methodischen Niveau, auf dem wir 30 Jahre zuvor begonnen hatten. Und nun, im 50. Jahr der Gründung der DDR, wird die Diskriminierung unserer Rehabilitationspädagogik wieder angekurbelt. Begonnen hat damit schon im November 1998 die von der Bundesärztekammer herausgegebene Zeitschrift „Deutsches Ärzteblatt“. Die Absicht eines hierzu geschriebenen Beitrages wird schon im Vorwort deutlich: „In der DDR wurden Geistigbehinderte weder beschult noch gefördert ...“ Die Autorin bezieht sich auf Gespräche mit Mitarbeitern einer konfessionellen Einrichtung in Thüringen, die die Entwicklung der DDR-Rehabilitationspädagogik entweder nicht miterlebt haben oder die der Interviewerin das erzählten, was sie gerade hören wollte.

Wie verhielt es sich wirklich?

Am 31. 12. 1988 - dem statistischen Stichtag - erhielten 14.750 Kinder und Jugendliche in staatlichen und kirchlichen Einrichtungen der DDR eine rehabilitative Bildung und Erziehung, durch die - mit Ausnahme von Lesen und Schreiben - ähnliche Bildungsinhalte vermittelt wurden wie in der Abteilung II der Hilfsschulen!

Wenn eine Interviewte jetzt behauptet, Reisen mit Geistigbehinderten seien „erst nach der Wende“ möglich geworden, so ist auch das eine simple Unwahrheit. Tatsächlich fand zwischen den Einrichtungen verschiedener Gegenden der DDR ein reger Austausch statt, wobei die jeweiligen Partner ihre Unterkünfte mit allem, was dazu gehörte, zur Verfügung stellten.

In dem erwähnten Artikel des „Deutschen Ärzteblattes“ heißt es, Diakonie und Caritas forderten, „daß Geistigbehinderte zwölf Jahre lang unterrichtet werden. Zu DDR-Zeiten wurden die Betroffenen benachteiligt. Das darf nicht ein zweites Mal geschehen“. (!) Hier wird bewußt unterschlagen, daß die in Betracht kommenden Kinder und Jugendlichen in der DDR vom 3. bis zum 18. Lebensjahr eine rehabilitative Bildung und Erziehung erhalten konnten, was eine Regelzeit von 15 Jahren ausmacht, die im Bedarfsfall um bis zu fünf Jahren überschritten werden durfte. Und wenn das zitierte Blatt davon spricht, die thüringische Gesundheitsministerin arbeite z. Z. „an einer Zwischenlösung“, so gräbt diese Dame damit nur die nach der Annexion liquidierten DDR-Strukturen wieder aus! Kurt Andrá hat recht: Man spekuliert auf Gedächtnisschwache!

Sigmar Eßbach



Den religiös-nationalen Faktor nicht aufbauschen

Brief eines Tataren

Ich bin Tatare. Ärgere mich noch heute über die schiefen Blicke der Klassenkameraden, wenn im Geschichtsunterricht das tatarisch-mongolische Joch behandelt wurde. Und weiß noch, wie stolz ich über meine tatarische Nationalität war, als uns über das Heldentum des tatarischen Dichters, des Kommunisten Mussa Djalilj, in faschistischer Gefangenschaft berichtet wurde.

Warum spreche ich darüber? Es passiert oft, daß verehrte Genossen der Opposition vergessen, daß ein Wort verletzen oder auch aufbauen kann. Ich bin ein Sowjetmensch, ein Internationalist - und meine den Nationalismus in allen seinen Erscheinungsformen. Dabei ist es egal, ob jüdisch, russisch, tatarisch oder ukrainisch. Übrigens - ich bin mit einer Ukrainerin verheiratet.

Wir alle wissen, daß die internationale Finanzoligarchie, wenn das eine oder andere Land in die Knie zu zwingen ist, im Volke sehr professionell den inneren Zwist auf religiöser oder nationaler Basis organisiert. Man denke an Zypern, wo die Republik durch Aufeinanderhetzen von Griechen und Türken zerschlagen wurde. Oder an das heutige Jugoslawien: die Moslems, Katholiken und Griechisch-Orthodoxen wurden doch künstlich, von außen, zum Streit animiert. Im Ergebnis haben wir Blutvergießen.

Für mich ist es klar: Der Nationalismus entzweit nur das Arbeitervolk, der Internationalismus hingegen vereint es. In der UdSSR waren wir vereint - ob Tschuwasche oder Jude, ob Russe oder Tatare... Und heute wird unsere Festigkeit geprüft. Diese nimmt leider nur ab, wenn einige Funktionäre der kommunistischen, der patriotischen Opposition (praktisch zum Nutzen unserer Feinde) den religiös-nationalen Faktor aufbauschen. Das kann doch nur als politische Blindheit gewertet werden.

M. Bedredinow, Kasan

Übersetzung aus: Glasnostj, Organ der Union Kommunistischer Parteien - KPdSU:

Dr. Peter Tichauer

Reporterskizzen (10)

Salazars Kopf

Während meines fünfjährigen journalistischen Einsatzes in Portugal, der fast unmittelbar nach dem Sturz des faschistischen Diktators Marcelo Caetano am 25. April 1974 begann und bis zum Juli 1979 dauerte, hatte ich den Lissaboner Korrespondenten des DDR-Fernsehens gelegentlich in dessen Urlaub zu vertreten. Gemeinsam mit dem Adlershofer Kameramann begab ich mich dann auf „Tournée“, um interessante Themen aufzuspüren.

Am frühen Morgen des 16. Februar 1978 - wir befanden uns gerade zu Dreharbeiten in der nordportugiesischen Bezirksstadt Viana do Castelo - vernahm ich aus dem Radio eine Meldung, die mich sofort hellwach werden ließ: In dem Gebirgsstädtchen Santa Comba Dão, wo Portugals Faschistenführer und langjähriger Staatspräsident António Oliveira de Salazar geboren wurde und in dessen Nähe sich auch das Grab des schon 1926 ans Ruder Gekommenen befindet, hatte sich ein spektakulärer Anschlag ereignet. Um drei Uhr nachts war der Torso des bronzenen Salazar-Standbilds auf dem örtlichen Hauptplatz - dem Largo Alves Mateus - in die Luft geflogen. Das nahegelegene Justizgebäude sei von der gewaltigen Detonation in Mitleidenschaft gezogen worden und ein metallenes Bein des Tyrannen habe gar das Dach des Pfarrhauses durchschlagen, hieß es in der Rundfunkreportage. Unterdessen rotte sich um den erhalten gebliebenen Granitsockel des seit Jahren umkämpften Monuments - ein Wallfahrtsziel naher und ferner Faschisten - eine bedrohlich anwachsende Menge Rechtsradikaler zusammen.

„Laß uns doch sofort nach Santa Comba fahren. In zwei Stunden sind wir dort“, schlug ich Klaus-Roland Schulz vor. „Bestimmt gibt es was zu filmen“. Er habe nur eine - sehr teure - Kamera dabei und unser Aufenthalt könne für DDR-Bürger gefährlich werden, gab mein Reisegefährte zu bedenken, war dann aber einverstanden, nachdem ich ihm den Hintergrund der Geschichte kurz erzählt hatte.

Während antifaschistische Bildhauer das Lissaboner Salazar-Denkmal auf dem Hof des Palais Foz sofort nach dem Sturz des alten Regimes unter schwarzem Sackleinen hatten verschwinden lassen, erstrahlte die von einem bekannten Künstler gestaltete Statue auf dem Largo Alves Mateus von Santa Comba weiterhin in vollem Glanz. Noch zum Jahresende 1974 sah ich sie beim Durchfahren des hübschen Städtchens am Rio Dão. Pietät gegenüber einem Verstorbenen in der Geburtsstadt des „Grande Homem“ - des „Großen Mannes“ - , wie der berühmte Sohn des kleinen Fleckens, ein enger Verbündeter Hitlers, Mussolinis und Francos, hier von vielen bis heute genannt wird? Oder mehr?

Im Verlauf der portugiesischen Aprilrevolution, die zum bisher weitreichendsten antikapitalistischen Vorstoß im Westen Europas wurde, drangen die aus linken und ultralinken Militärs der Bewegung der Streitkräfte (MFA) gebildeten „Dynamisierungsgruppen“ der 5. (Polit-) Abteilung des Generalstabs auch in die Bergregionen der Beiras vor. Doch ihre Botschaft verhallte in dieser Region fast ungehört. Die überwiegend klerikalfaschistischen Priester - sie bildeten 48 Jahre lang das Rückgrat der Diktatur Salazars und Caetanos - wuschen die schwachen roten Strähnen, die sich hier oder dort im Gefolge der Aufklärungskampagnen im Kleid der Bauern zu zeigen begannen, bei der nächsten Messe wieder heraus. Sie und andere Kaziken, wie man die Ortsmächtigen nannte, behielten in den Nestern des Landesinnern das Heft fest in der Hand. Das bekamen auch die in den Industriezonen und im Landarbeitersüden einflußreichen Kommunisten zu spüren. In „Rußland“ und „überall im Osten“, so ging es von Mund zu Mund, gebe die „Kommune“ den Alten eine Giftpistole hinter das Ohr. Sechsjährige Kinder mußten von den Eltern beim Staat abgeliefert werden. Und die Frauen seien natürlich Gemeingut der Männer. Sowas wurde von den Analphabeten geglaubt.

Bald loderten im gebirgigen Bezirk Viseu, zu dem Santa Comba gehört, die wenigen Parteihäuser der PCP. Physischer Terror war angesagt. Unweit des Salazar-Weilers wurde der Wagen des kommunistischen Funktionärs Carlos Luis Figueira von einem Faschistenauto an den Straßenrand gedrängt und gestoppt, sein Insasse schwer mißhandelt. Der Anführer des Trupps - ein feister Kerl mit Schweinsäuglein - war der Kolonialwarenhändler Jacinto Eichmann aus Santa Comba. Er prahlte überall damit herum, „ein Blutsverwandter Adolf Aischmans“ zu sein. Nach dem Überfall - Figueira hatte Anzeige erstattet - kam es sogar zum Prozeß. Er endete mit dem Freispruch des „unbescholtenen“ Angeklagten.

Seltsames geschah auf dem Largo Alves Mateus. Eines nachts im Februar 1975 war dem „Großen Mann“ durch Beherzte der Kopf abgetrennt worden. Zweieinhalb Jahre stand dieser dann enthauptet vor aller Augen. Ein schändlicher Anblick, meinten die Faschisten des Landstrichs. Schließlich bildeten sie ein „Kopfkomitee“. Zu seinem Sprecher wurde Jacinto Eichmann bestimmt. Da die Gußform nicht mehr auffindbar war, modellierte ein Metallgießer aus der Gegend von Porto einen Ersatzschädel, der keinerlei Ähnlichkeit mit dem Original aufwies. Bei einem landesweiten Aufmarsch der Salazaristen, gegen den aus Coimbra Truppen mobilisiert werden mußten, wurde dem

Torso das Machwerk aufgestülpt. Minuten danach dekapitierte das Militär den Diktator ein zweites Mal. Nun aber - am 16. Februar 1978 um drei Uhr früh - war dessen Standbild endgültig in die Luft geflogen.

„Viva Salazar!“ lasen wir auf dem Ortsschild, als wir gegen neun Uhr in Santa Comba eintrafen. Vor dem granitnen Podest lagen Blumensträuße, standen Schilder mit martialischen Losungen. Die Menge, in ihrer Mitte der Ortsgendarm, war wutgeladen. Was tun? Wir versuchten, uns bis zum Denkmalsstumpf vorzuarbeiten. Ein Herr mit Nickelbrille, der sich als „Vertreter der Parochialpresse“ vorstellte und wahrscheinlich das Blättchen des Kirchsprengels vertrat, wollte wissen, wer wir seien. Wir gaben uns forsch und westlich-arrogant. „Aus Lissabon!“ antwortete ich auf das Woher? „Fernsehen“. „Sind Sie Ausländer, meine Herren?“ Die Menge stutzte und spitzte die Ohren. „Klar, Deutsche“, sagte ich knapp. Das brachte Beifall. Hier war man seit jeher „deutschfreundlich“. Der Parochialschreiber hakte noch einmal nach: „Wie heißt Ihr Sender?“ „Wir sind vom 5. Kanal“, nannte ich korrekt die Adlershofer Frequenz. Nun war man's zufrieden. „Die Herrschaften sind vom Quinto Canal - vom Fünften“, teilte der Wortführer den Umstehenden mit. Das tat seine Wirkung. Des Kaisers neue Kleider waren verkauft - und sogar ohne Anprobe. Die Faschisten und die Mißbrauchten drängten sich nun vor Klaus-Rolands Kamera. „Hebt die Schilder hoch - höher, mehr nach rechts“, befahl dieser. Keiner zögerte, uns zu unterstützen. Jeder wollte in den Quinto Canal. Wir machten gut ein Dutzend Interviews, die ganz in unseren Streifen paßten. Doch einer fehlte uns noch: der Sprecher des „Kopfkomitees“ und Oberkazik von Santa Comba, Jacinto Eichmann. So bat ich die Anführer des Rudels, ihn sofort zu benachrichtigen, daß „das Fernsehen“ dringend mit ihm sprechen wolle. Nach wenigen Minuten stand ein schwitzender und keuchender Mann vor uns. Er war im Laufschrift herangeeilt. „Ich weiß, meine Herren, Sie sind vom Quinto Canal“, sprudelte es aus ihm heraus. Dann stellte er sich wie ein Profi in Positur. „Ich bin hundertprozentig Deutscher und zugleich hundertprozentig Portugiese“, rechnete er uns vor. „Ich bin ein Verwandter des berühmten Aischman, des größten Hassers und Mörders der Juden“, rühmte sich der Kolonialwarenhändler seiner vermutlich frei erfundenen familiären Bande zu einem Ungeheuer. Im Namen der Meute lud er uns ein, gemeinsam das Grab Salazars im nahen Vimeiro zu besuchen. Aus „Zeitgründen“ mußten wir ablehnen. Der Grat, auf dem wir wandelten, war zu schmal. Die durch Täuschung gewonnene Gunst der Faschisten konnte rasch wieder verloren gehen. Die Kamera und der Film, den Adlershof später ausstrahlte, sollten sofort in Sicherheit gebracht werden.

Klaus Steiniger

Kosovo: Vorwände und Ziele

Nach Baku - zu unserm Öl

„Wir müssen militärisch absichern, was wir politisch wollen!“ Preisfrage: Wer hat das gesagt? Wilhelm II.? Bismarck? Von Seekt? Hitler? Adenauer? Schumacher? Kohl? Schröder? Scharping? General Naumann? Es hätte zu jedem gepaßt. Aber es war Volker Rühe. Als Verteidigungsminister hat er am 30. Juni 1995 diese imperialistische Dreistigkeit ausgesprochen. Im Bundestag. Vor laufenden Kameras und offenen Mikrofonen. Keiner widersprach. Außer einer Abgeordneten der PDS.

Heute nennt man das vornehm „militärische Option“. Was damit gemeint war und ist, erfuhr ich schon vor 67 Jahren. Ein Studienfreund meines Bruders namens Peill hatte uns nach Nörvenich eingeladen. Sein Vater, Präsident der Industrie- und Handelskammer Aachen, war Mitglied des Beraterkreises, dem mein Vetter, der Kölner Bankier, Hitler-Finanzier und Hitlermacher Kurt v. Schröder, mein Vetter Georg v. Schnitzler, Verkaufsleiter des IG-Farben-Konzerns, Geheimrat Kirdorf vom Rheinisch-Westfälischen Kohlesyndikat und ähnliche Erzfeinde der Arbeiter angehörten. Sie „berieten“ Hitler, was er zu tun habe und der „Führer“, der sich als Arbeiterführer ausgab, folgte.

Peill stellte an jenem Ostersonntag 1932 auf der Tafel mit Tellern, Gläsern, Gabeln und Messerbänkchen Europa dar und meinte lässig: „Sowjetrußland muß weg. Frontal ist das nicht empfehlenswert. Deshalb werden wir es in die Zange nehmen: Im Norden übers Baltikum, im Süden über den Balkan - bis nach Baku, zu unserm Öl!“ Und er fuhr fort: „Um sicher zu gehen, bilden wir eine weitere Zange: Im Norden über Norwegen bis zum Polarkreis, im Süden über Italien, Nordafrika, Ägypten, Persien“ - und wieder: „Nach Baku - zu unserm Öl!“

Das war Ostern 1932. Ein paar Monate später schoben sie ihren Hitler an die Regierung. Und dieser folgte: 1941 begann er ihren Versuch: „Sowjetrußland muß weg! Nach Baku - zu unserm Öl!“

Auf halbem Weg zum Öl von Baku liegt Jugoslawien. Was Rühe namens seiner Auftraggeber „militärisch absichern“ will, weil er und seinesgleichen „es politisch wollen“. Die Türkei hat man schon in die NATO eingebunden. Griechenland - ebenfalls NATO-Mitglied - ist ruhiggestellt. Nur ein unruhiges Jugoslawien stört noch, ist im Wege. Milosevic ist nicht das Gelbe vom Ei, aber er ist gegen imperialistische Absichten, Serbien zu zerschlagen. Schon Wilhelm II. hatte ja bereits gewollt: „Serbien muß sterben!“ Also sind Milosevic und seine Serben die bösen Buben und die albanischen Separatistenbanden in der serbischen Provinz Kosovo die Guten

Wer Krieg will, braucht einen Vorwand. Hitler hatte sein „Gleiwitz“, um „zurückzuschließen“. Amerikas Imperialisten hatten ihren „Tonking-Golf“, um Nordvietnam zu bombardieren. Der Weltimperialismus hat „Kosovo“, um das letzte Hindernis vor Baku zu beseitigen. So wird aus dem Kosovo das Gleiwitz von heute. Wenn „die beiden Konfliktparteien nicht sofort in Rambouillet zu einer Einigung kommen, drohen NATO-Luftangriffe“ auf Serbien. Sagt die „Kontaktgruppe“. Wer ist die „Kontaktgruppe“?

In ihr sitzen Vertreter von fünf Industriestaaten, von denen 80 Prozent der NATO angehören, nicht aber die UNO. Die schlecht getarnte NATO will also dem gewählten Präsidenten Jugoslawiens vorschreiben, was er zu tun und zu lassen hat.

Die NATO will Jugoslawien zerstören - wie einst Genscher mit der einseitigen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens die Zerstückelung Jugoslawiens eingeleitet und die Kriege dort durch Ermutigung der Separatisten mit ausgelöst hat.

Soll mal jemand versuchen, Kanada die französischsprachige Provinz Quebec abzusprechen, Spanien das Baskenland streitig zu machen oder den USA die indianischen Reservate! Was für ein Geschrei das geben würde! Wieschnell wäre man da mit Waffengewalt zur Stelle. Natürlich aus „humanitären Gründen“.

Aber albanische Separatisten dürfen alles. Sogar den Kriegsanzug liefern. Da steckt man Bürgerkriegstote in Zivil und macht daraus das „Massaker von Racak“. Frankreichs „Figaro“ schrieb am 20.1.1999: „Die Filmaufnahmen, die während der Polizeiangriffe gedreht wurden, widersprechen der Version der Albaner und der OSZE ... Waren nicht eher die Körper der in Kämpfen mit der serbischen Polizei getöteten Albaner in dem Graben gesammelt worden, um ein Horror-Szenario zu schaffen, das mit Sicherheit einen entsetzlichen Effekt auf die öffentliche Meinung haben würde?“ Hitlers Gleiwitz läßt grüßen ...

Da droht die „Kontaktgruppe“ mit Bomben - auf die Serben. Und spricht von einer „Friedenslösung“. Der grüne Staatsminister im Bonner Auswärtigen Amt Ludger Volmer meint, die Friedenslösung im Kosovo müsse „mit einer gewissen Drohkulisse einhergehen“. Im Rundfunk sagte er, seine Partei stehe „voll hinter dem Konzept“, das die Bundesregierung „mit der Kontaktgruppe ausgehandelt“ habe.

Deutschlands Regierende stehen also voll hinter dem Konzept der NATO, sie haben es „mit ausgehandelt“. Natürlich „aus humanitären Gründen“, wie man das aus dem Kanzleramt, aus allen Fraktionen des Bundesta-

ges (von der PDS abgesehen), aus allen Medien hört. Aus humanitären Gründen werde man fliegen und marschieren, wenn es denn „um Menschenleben“ geht. Was wäre, wenn Bonn jede materielle und finanzielle Hilfe für die Mordbanden der UCK unterbinden würde, z.B. die Sammlung und Werbung unter den Albanern in der BRD? Gerade erst hat die serbische Polizei einen mazedonischen Sattelschlepper mit Maschinengewehren, 160.000 Schuß Munition und 340 Granaten sichergestellt, dessen Ladung für die Separatistentruppe bestimmt war. Stattdessen stehen bei der Bundeswehr 300 schwere Kampfpanzer vom Typ „Leopard“ und 20 Schützenpanzer vom Typ „Marder“ für Kosovo bereit - um dort „Frieden zu stiften“.

Am 4. April wird die NATO ihren 50. Jahrestag begehen. In seinem Vorfeld läßt man die Kosovo-Albaner von der Kette. Sie provozieren täglich, um Vorwände zu schaffen, damit die NATO eingreifen kann. Und die Bundeswehr des SPD-Verteidigungsministers Scharping steht mit Bodentruppen bereit und wartet auf Befehle amerikanischer Generale, die die Hardthöhe weiterreicht. Was soll Rambouillet bringen?

Drei Jahre lang will man den Kosovo mit mindestens 30.000 Mann besetzt halten - als NATO-Protektorat.

Dann wäre der Weg frei - nach Baku und zu anderen Ölquellen. Und zur ungebremsen NATO-Vorherrschaft auf dem Balkan. Dann hätte man auch Rußland vom Süden her im Griff - für alle Fälle.

Und Deutschland wäre wieder dabei ...

Karl-Eduard von Schnitzler

Hände weg von Jugoslawien!



Vorgestern Hanoi - gestern Bagdad - morgen Belgrad? (Grafik Arno Fleischer)

Zu Entwicklungen in der PCF

Das Erbe verteidigen

Ende Januar hat das Nationalkomitee der Französischen Kommunistischen Partei (PCF) einen neuen „Hauptgegner“ definiert: den „Ultraliberalismus“. Damit ist die Partei, die Anfang der 80er Jahre 600.000 Mitglieder zählte und gegenwärtig noch 210.000 in ihren Listen erfaßte Anhängerinnen, einer deutlichen Klassenbestimmung ausgewichen. Der Begriff stammt von Robert Hue, dem Nationalsekretär, der pünktlich zum Europawahlkampf ein weiteres Buch „Kommunismus - ein neues Projekt“ vorgelegt hat, das auf den revisionistischen Positionen seines Erstwerkes „Mutation“ fußt. „Darin betont der Parteiführer, daß sich die PCF in jeder Hinsicht erneuern und mit der 'klassischen kommunistischen Kultur' brechen müsse, denn die alten Modelle seien gescheitert, allen voran das stalinistische Konzept des 'realen Sozialismus',“ genöß „Neues Deutschland“ in seiner Ausgabe vom 2. Februar 1999 den Wandel an der Seine. Er war einst mit antisowjetischen Veröffentlichungen eingeleitet worden. Jetzt will sich die PCF, auf die vor 25 Jahren noch mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen entfielen (1997: 9 Prozent), für einen „Kommunismus des Informationszeitalters“ fitmachen, der an die Stelle des „Kommunismus des Industriezeitalters“ treten soll.

Die revisionistische Linie Robert Hues wird von französischen Kommunisten, die marxistisch-leninistischen Auffassungen treu geblieben sind, als Bruch mit der revolutionären Tradition der PCF verstanden. Sie haben sich in der „Coordination Communiste“ (CC) zusammengeschlossen, die für eine Fortsetzung der kämpferischen Traditionen der Arbeiterbewegung des Landes wirkt. Den folgenden Beitrag von Jean-Luc Sallé, Nationalkoordinator der CC, haben wir der Dezemberausgabe (Nr. 29) der Zeitung „Intervention Communiste“ entnommen.

Die Kommunisten haben die Pflicht, sich ihre eigene Geschichte wieder anzueignen und entschlossen die Verteidigung ihres Erbes zu übernehmen, und zwar gegen die trotzkistischen und maoistischen Entstellungen, wonach die PCF seit 1924 oder 1936 nicht mehr kommunistisch gewesen sein soll, sowie gegen die „Mutation“, die zur Rechtfertigung der reformistischen Gegenwart das Vergessen braucht. Heutzutage hat nicht Kritik eingebildeter oder tatsächlicher Irrtümer im Vordergrund zu stehen, sondern das Begreifen der großen Errungenschaften der PCF.

Geboren aus der Oktoberrevolution, ist die PCF auch die Fortsetzerin der Traditionen des französischen Sozialismus: Arbeiter von 1848, Kommunarden, Guesdismus, Jauresismus. Die Umwandlung in eine echte kommunistische Partei vollzog sich durch kritische Prüfung des Überlieferten. Bestimmte frühere Theorien und Praktiken opportunistischer Art hatten ihre ganze Schädlichkeit erwiesen. Mit Hilfe der Kommunistischen Internationale brach die Partei im Wege ihrer Bolschewisierung mit den sozialdemokratischen Gepflogenheiten im Bereich der Organisation. Aufnahmekriterien waren nun: Verpflichtung zur politischen Aktivität, zur Beitragszahlung, zur Übereinstimmung mit dem Statut. Vorrangige Ausrichtung auf die Arbeiterklasse, Bildung von Basisorganisationen in den Betrieben, dem eigentlichen Ort der Ausbeutung, um sich dort zu organisieren, wo die Auseinandersetzung mit dem Kapital am schärfsten ist.

So wurde eine radikale Abwendung von der sozial-

demokratischen SFIO vollzogen; die Strategie war nicht länger hauptsächlich parlamentaristisch, sondern stützte sich auf die Klassenkämpfe und das Heranreifen der revolutionären Krise. Diese Entscheidung versetzte die PCF in die Lage, die politische Avantgarde des Proletariats zu werden, zur großen Wut der Unternehmer. Zehntausende Entlassungen waren ihre Antwort, aber dank des durch Studium der Werke von Marx und Lenin geschmiedeten Bewußtseins sowie auch dank des persönlichen Muts zahlreicher Genossen konnte das den Aufschwung der Partei nicht verhindern.

Ein weiteres neues Prinzip, das den Kriterien des Beitritts zur Kommunistischen Internationale entsprach, war die Durchsetzung der notwendigen Unterordnung der Parlamentsgruppe und unserer Presse unter das Zentralkomitee, um auf diese Weise dem vom Parteitag erteilten Mandat feste Geltung zu verschaffen und zu gewährleisten, daß es nicht zu einem Auseinanderfallen zwischen Beschlüssen und parlamentarischer Praxis kommt, was in einer sozialdemokratischen Partei der Fall zu sein pflegt. Damit wurde die führende Rolle der Arbeiterklasse, nicht der Mandatsträger oder der Verfasser von Aufsätzen sichergestellt.

Die Erbschaft der II. Internationale war geprägt von einem Chauvinismus der Metropolen. Es herrschte die Auffassung vor, daß die Kolonialisierung „objektiv“ fortschrittlich sei, da sie die „Erziehung“ und die Entwicklung der Produktivkräfte gewährleiste. Nicht ohne Schwierigkeiten gelang es der Partei, mit dem Opportunismus zu brechen. Die Haltung von Ho Chi Minh symbolisierte den Willen zu einer neuen Etappe - der Etappe des Kampfes gegen den französischen Kolonialismus: Der Rif-Krieg, der Indochina-Krieg und der Algerienkrieg führten zu anti-imperialistischen Kämpfen, die teilweise nicht ohne Unzulänglichkeiten waren, aber den Kolonialvölkern, die um ihre nationale Befreiung rangten, die Unterstützung der französischen Arbeiterklasse brachten. Kämpfer wie Raymonde Dien, Henri Martin, Jean Suret-Canale (der den Marxismus in Afrika verbreitete) und viele andere zeigten deutlicher als Abhandlungen, was proletarischer Internationalismus in Aktion ist. Darauf standen seitens der bürgerlichen Gerichte Geldstrafen und Freiheitsstrafen von insgesamt hundert von Jahren; doch nichts hat die kämpferische Einheit der Arbeiterklasse des herrschenden Landes und des beherrschten Volkes erschüttern können.

Mit der Durchsetzung der Taktik der Volksfront fand die PCF in den 30er Jahren einen Weg, den Sieg des Faschismus in Frankreich zu verhindern. Die Partei entwickelte damals das Leninsche Konzept des Klassenbündnisses: Arbeiter, werktätige Bauern bis zu den Mittelschichten unter Führung des Proletariats; so wurde eine breite Front errichtet, um das Finanzkapital zu isolieren, das aus der kapitalistischen Krise einen Ausweg in der terroristischen Negierung der Demokratie, im Faschismus suchte. Entsprechend den Hinweisen des Genossen Dimitroff galt es, die faschistische Demagogie vom „nationalen Interesse“ zu demaskieren: Tatsächlich ist der Kapitalismus der Ruin der Nationen. Dem Proletariat oblag nunmehr die Aufgabe, der Bourgeoisie den Kampf um die nationale Souveränität zu entreißen. Die Partei verstand es damals, das Banner des Kampfes für die werktätige Nation zu entfalten,

zugleich mit der roten Fahne des Kampfes für den Sozialismus.

Dieser Patriotismus des Volkes fand seine Vervollendung mit der Feuertaufe während des antifaschistischen Widerstandes. Der Heroismus, den die Kommunisten im Kampf bewiesen, brachte der PCF den ehrenvollen Namen „Partei der Füsilierten“ ein. Nach dem Kriege ermöglichte ihre Beteiligung an einer Regierung der Kräfte der Résistance große soziale Siege, die Erweiterung der Errungenschaften aus den Tagen der Volksfront. Sie stehen heute auf der Abschußliste von Maastricht-Amsterdam: Statut des öffentlichen Dienstes, Rechte der Gewerkschaften, soziale Sicherheit, Verstaatlichungen. Die Partei stand damals auf dem Höhepunkt ihres Einflusses, als einer von drei Franzosen ihr seine Stimme gab; mehr noch, die revolutionäre Strömung errang in der Arbeiterbewegung über die reformistische Strömung die Hegemonie, die später wieder verloren ging. Der Kampf der PCF für die nationale Unabhängigkeit gegen den amerikanischen Imperialismus, die Unterstützung des vietnamesischen Volkes in seinem Freiheitskrieg, die antimonopolistischen Klassenbündnisse, die Fähigkeit, Intellektuelle und Kunstschaffende zu sammeln, sind Teil der schönsten Seiten unserer Geschichte.

Im übrigen war die PCF eine angesehene Abteilung der internationalen kommunistischen Bewegung; ihr unermüdlicher Kampf bis in die Mitte der 70er Jahre für die Solidarität mit der UdSSR, symbolisiert in der Losung von Maurice Thorez, „Nein, das französische Volk wird niemals gegen die Sowjetunion Krieg führen!“, trug dazu bei, die Auslösung des Angriffs auf die sozialistischen Länder zu verhindern. Später brach die Partei unter dem Einfluß des Revisionismus, der mit dem 22. Parteitag die Oberhand gewann, mit ihren internationalistischen Traditionen; tatsächlich hat der schändliche Eurokommunismus durch seine Beteiligung am antisowjetischen Konzert dazu beigetragen, die Fähigkeiten zu schwächen, auf denen die ideologische und politische Immunität der UdSSR beruhte.

Es läßt sich leicht errassen, wie sehr die Strategie der „Mutation“ diesem revolutionären Erbe den Rücken kehrt. Sowohl im organisatorischen als auch im politischen Bereich haben die sozialdemokratischen Traditionen die Oberhand gewonnen. Eine der Lektionen der Geschichte der PCF zeigt uns, daß eine Linie, die auf den revolutionären Prinzipien beruht, weit davon entfernt ist, in die Sackgasse einer ohnmächtigen Sekte zu führen. Im Gegenteil: Sie schafft Bedingungen für die breiteste Sammlungsbewegung des Volkes. Heute geht es nicht darum, sich in berechtigter Nostalgie zu ergehen. Unser Erbe ist reich und fruchtbar. Mag sein, daß der Reformismus es in wenigen Jahren verschleudert hat. Aber wir sind überzeugt, daß das Potential für die Rekonstruktion des revolutionären Werkzeugs unserer Zeit vorhanden ist. Die Kommunisten müssen denselben Mut beweisen wie unsere Genossen Thorez, Duclos, Semard, Peri, Frachon, Cachin, Billoux, Fajon und Hundertausende andere, die Theorie mit konkreter Lageanalyse, Kampf für die Demokratie und Kampf für den Sozialismus, Willen zur nationalen Einheit und Kampf gegen den Kapitalismus zu verbinden wußten. Ihre Lektion wird gehört werden!

Übersetzung: Klaus von Raussendorff, Bonn

Ein Kardinalswort und sein aktueller Bezug

„Auf den Schultern der DDR“

Der bedeutende, aus Trier stammende Kardinal Oswald Nell-Breuning (1890 bis 1991) kam vor über 30 Jahren - angesichts der Wirkungsgeschichte des 1867 erschienenen „Kapitals“ - zu der bemerkenswerten Erkenntnis, daß alle, die sich seitdem mit Geschichte, Ökonomie, Soziologie, Politik, Recht, Moral, Kunst, Philosophie oder Theologie beschäftigen, irgendwie „auf den Schultern von Marx“ stehen. Nell-Breuning wollte damit nicht zum Ausdruck bringen, daß er und andere Anhänger der Auffassungen des Großen aus Trier seien. Er wollte nur verdeutlichen, daß kein Gesellschaftswissenschaftler seit 1867 sachliche Studien betreiben konnte oder könne, ohne in irgendeiner - selbst gegnerischen - Weise Marx' Untersuchung wichtiger gesellschaftlicher Zusammenhänge zu berücksichtigen. Auch die katholische Soziallehre verdanke ihm wichtige Denkanstöße und tue im Interesse ihres weiteren Einflusses gut daran, dies in Rechnung zu stellen. Er wollte sagen, er zolle Marx als einem großen Gegner seinen Respekt. (Es sei hier nur erwähnt, daß Ende 1998 wieder ein Band der historisch-kritischen Marx-Engels-Gesamtausgabe - MEGA - erschienen ist. Es handelt sich um den 3. Band der IV. Abteilung, enthaltend Exzerpte und Notizen von Marx/ Mitte 1844 bis Anfang 1847 - u.a. die Thesen über Feuerbach. Übrigens: Würde man so hemdsärmelig wie 1990 der ehemalige Bundesminister argumentieren, dann könnte man getrost sagen: Blüm ist tot, aber Marx lebt!))

Unser Jahrhundert schreitet voran; und so kommt unweigerlich der 50. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1999 auf uns wie auf unsere Klassenfeinde zu. Die ideologischen Auseinandersetzungen dazu haben längst begonnen. Gerade auch angesichts der letzten Bundestagswahlresultate im Osten und der Erfahrungen früherer DDR-Bürger und westdeutscher „Aufbauhelfer“ mit „Busch-Zulage“ beim Abschwung Ost beschleicht die neuen Herrschenden und deren beflissene Helfershelfer vor Ort die beklemmende Ahnung, daß auch die DDR irgendwie nicht tot zu kriegen sei.

Aber diese Angst betrifft nur die **Oberfläche** eines objektiv realen Zusammenhangs. Das **Wesen** der Problematik betrifft den wirklichen Geschichtsprozeß, in dem täglich Millionen Menschen im Interesse ihrer Existenzsicherung tätig am Werk sind und dadurch wiederum verändernd auf die jeweiligen (vorgefundenen oder selbst mit erzeugten) Umstände einwirken. Diese Einwirkungen gelingen umso erfolgreicher, je mehr Sachverstand, je mehr Durchblick in die betreffenden Zusammenhänge (insbesondere Gesetzmäßigkeiten) die Handelnden besitzen. Hier vor allem liegt das Betätigungsfeld fortschrittlicher Kräfte, besonders von Sozialisten und Kommunisten. Durch die täglich, wöchentlich, jährlich usw. wiederholte millionenfache Sicherung des Lebens entstehen so vorher nicht dagewesene sozial geprägte natürliche Zusammenhänge, hinter deren Entwicklungsgrad die betreffenden Generationen

kaum wieder zurückgehen können - oder wenn doch, dann fast nur auf katastrophale, verlustreiche Weise.

In Verkennung der realen Vorgänge warfen im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts konservative Kräfte immer noch Martin Luther vor, er habe das alte feudale System aufgelöst oder zerstört. Die sozialen Spannungen in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts wären nicht entstanden, so „argumentierten“ Gegner des gesellschaftlichen Fortschritts, hätte Luther nicht an den zu Beginn des 16. Jahrhunderts vorgefundenen Zuständen gerüttelt. In ähnlicher Weise wurde dann weiter behauptet, daß es keine sozialen Schwierigkeiten, daß es keine Klassen und keine Klassenkämpfe geben würde, hätten nicht Marx, Engels und ihnen folgende diese erst durch ihre Agitation ideologisch hervorgerufen.

Grundsätzlich in derselben Manier wird gegenwärtig von konservativen Kräften damit operiert, der Inhalt der sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts sei propagandistisch oder agitatorisch durch Lenin und seine Mitstreiter, die sich ihrerseits auf Lehren von Marx, Engels und anderer ihnen vorangegangener Vertreter der Arbeiterbewegung stützten, in die Welt gesetzt worden. Zugleich wird die These verbreitet, die revolutionäre Errichtung und jahrzehntelange erfolgreiche Gestaltung einer neuen Gesellschaftsform nach 1917 in einer Reihe von Ländern sei eine menscheitswidrige, abnorme und nicht zu verwirklichende fixe Idee kommunistischer Ideologen bzw. Machtgieriger gewesen. Nach dem gleichen Muster wird behauptet, bei der DDR habe es sich von Anfang an um eine Mißgeburt gehandelt. Ihre Existenz sei mindestens so verwerflich wie die der faschistischen Herrschaftsform der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Deutschland gewesen.

Die Entdeckung des fundamentalen Konflikts, des grundlegenden Widerspruchs der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, nämlich die „Unverträglichkeit von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung“ (Engels, MEW 20/252 ff), d.h. der Gegensatz zwischen ökonomischem und sozialem Inhalt einerseits und politischen und rechtlichen Formen („Rahmenbedingungen“) andererseits ist indes die wichtigste Ursache für die nachweisbare Aktualität der Erkenntnisse von Marx und Engels.

Die zielstrebige praktische Nutzung der gegebenen historischen Chancen 1917 bzw. 1945 für die Gestaltung einer grundlegend neuartigen Gesellschaftsordnung ohne privates Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln, ohne z.T. kostenlose private Aneignung des gesellschaftlich produzierten ist - bei aller berechtigten Kritik im Detail - die große Leistung der werktätigen Generationen nach 1917 bzw. 1945 beim Aufbruch in das Neuland sozialer Zukunftsgestaltung. Und das wichtigste Ergebnis bestand und besteht darin: Die assoziierte (sozialistische, dann kommunistische) Gesellschaft ist praktisch machbar, wenn die Gesetz-

mäßigkeiten der Errichtung und Gestaltung einer von Ausbeuterklassen befreiten Ordnung Berücksichtigung finden.

Die Umsetzbarkeit der Konzepte des wissenschaftlichen Sozialismus auch in industriell relativ entwickelten Ländern war im europäischen Rahmen und global bis in die 80er Jahre am nachhaltigsten in der DDR vorweisbar. Die gesamte Entwicklung der ökonomischen, sozialen, politischen, juristischen, moralischen, künstlerischen, theologischen, wissenschaftlichen usw. Ebenen (mit ihren Institutionen und Akteuren) der ehemaligen („Bonner“) BRD ist nicht zu verstehen ohne deren ständige Bezugnahme auf die Sowjetische Besatzungszone und danach auf die DDR! Wieviele dieser Kräfte, einschließlich hochrangiger Politiker, waren - obwohl grundsätzlich Gegner - selbst noch bis zur Leipziger Herbstmesse 1989 froh darüber, Sicherheit bietende, Gewinn oder Einfluß bringende Beziehungen zur DDR öffentlich vorführen zu können! Wieviele derselben machten dann schnell zum zweiten Mal Gewinn, als sie sich - ihre Intimkenntnisse und die Gutgläubigkeit von DDR-Bürgern ausnutzend - bei der Okkupation und Kolonialisierung des Anschlußgebietes betätigten. Ähnliches war von ihren Gesinnungsfreunden unter den DDR-Bewohnern festzustellen, die sich ab Herbst 1989 als politische Chamäleons entpuppten und so doppelt aus der DDR Nutzen zogen: Das erste Mal als heuchlerische Befürworter deren verfassungsmäßiger Ordnung und ihrer Errungenschaften; das zweite Mal gleichsam als wirtschaftliche und politische Leichenfledderer (darunter besonders viele, die sich als „Bürgerrechtler“, „christliche“, „liberale“ oder „soziale“ Demokraten bezeichneten und ohne die DDR bedeutungslos geblieben wären).

Verdeckt vom ideologischen Nebelschleier, an dem die bundesdeutschen Parteien und Massenmedien sowie deren Verbündete innerhalb der DDR jahrzehntelang webten, entstand dennoch unter historisch konkreten Bedingungen ein gesellschaftlicher „Organismus“, dessen ökonomische Beziehungen unter millionenfacher aktiver Teilnahme der Bürger so entwickelt wurden, daß sie auf Jahrzehnte die sozial, politisch, rechtlich, moralisch und kulturell gerechteste Gemeinschaft von Werktätigen werden konnte, die es bisher auf deutschem Boden gegeben hat (bei allen Unterschieden und Konflikten, die in ihr noch bestanden).

Wir werden es auch in Zukunft erleben können: Seit die DDR gegründet wurde, kommt niemand - wie auch immer - beim Betrachten der Geschichte des deutschen Volkes an ihrer Entwicklung und Wirkung vorbei; ihre Entstehung und ihr Werden lagen im langfristigen weltgeschichtlichen Umwandlungstrend, entsprachen dem Charakter der Epoche.

Irgendwie stehen die Deutschen (und mit ihnen die Europäer) seit dem 7. Oktober 1949 auch „auf den Schultern der DDR“. Man sollte das - nicht zuletzt um seiner selbst willen - bedenken.

Eike Kopf

Briefe an „RotFuchs“



Freunde in Berlin Nordost! Marta Rafael und Karl-Eduard v. Schnitzler haben bei ihrem Jahresendbesuch auf Usedom unsere Neugier auf den „RotFuchs“ geweckt. DANKE. Wir werden das kluge „Rotfell“ weiter empfehlen. Leider hat er es in diesem Landstrich an der Küste nicht leicht, weil er auf (Nach)DENKEN setzt.

Zur Erhaltung seiner ART anbei 50 DM.

Es grüßen

Annelie Thorndike und Klaus Rößler, Maler und Grafiker, Seebad Heringsdorf

Vielen Dank für den „RotFuchs“. Ich habe ihn Seite für Seite studiert. Prädikat: Besonders wertvoll! Möge er manchen Verantwortlichen in diesem Gauner- und Abzockerstaat kräftig in den Arsch beißen. Ich bitte um regelmäßigen Bezug.

Dieter Bartsch, Berlin

Vor kurzem erhielt ich von einem Schwedter DKP-Genossen die November- und Dezemberausgabe des „RotFuchs“. Sie entspricht dem, was ich immer bei uns (PDS) fordere, d.h. nicht nur „simpler Prakt-izismus“, sondern auch theoretische marxistische Bildungsarbeit. Letztere tut not oder besser nöter als man glaubt. Ich sende Euch ein Exemplar unserer Zeitung „Kopp Hoch“ sowie drei Gedichte, die ich aus aktuellem Anlaß zum Teil neu vertextet habe. Herzliche Grüße und alle guten Wünsche

Günter Werzlau, Schwedt

Eure Zeitung ist ganz wichtig und ich beneide Euch um den Stab von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Kommunistische Grüße

Dr. Lisl Rizy, Herausgeberin der Neuen Volksstimme, Wien

Als langjährige Abonnentin der „Weißenseer Blätter“ erfuhr ich von Ihrer Publikation „RotFuchs“. Der empfehlende Hinweis von Prof. Müller hat derart Interesse und Neugier bei mir geweckt, daß ich mich mit der Bitte an Sie wenden möchte, mich in Ihre Bezieherliste aufzunehmen. Besonders freuen würde ich mich, wenn Sie mir von noch verfügbaren Ausgaben aus dem Jahr 1998 je ein Exemplar zusenden könnten. Für die entstehenden Kosten komme ich selbstverständlich auf.

Martina Reiche, Berlin

Liebes Füchlein, in der Januar-Ausgabe hast Du deine spitzen Zähne gezeigt. Recht so. Jeder Beitrag wäre wert, diskutiert zu werden. Die Seiten 1, 2 und 3 haben mich bewogen, erneut zum Kommunistischen Manifest zu greifen. In der Vorrede zur englischen Ausgabe von 1888

schreibt Engels: „... 1847 war der Sozialismus eine Bewegung des Mittelstandes und 'salonfähig' geworden.“ Feldbauers Artikel beweist, daß heute, 150 Jahre später, wieder die „mannigfaltigsten sozialen Quacksalber mit allerhand Flickwerk, ohne jede Gefahr für Kapital und Profit, die gesellschaftlichen Mißstände aller Art zu beseitigen versprechen.“

Und der „Eklat in Weißensee“? Martin Dressels Mißgeschick ist kein Einzelfall. Denken wir nur an den ins Abseits gestoßenen PDS-Bundestagsabgeordneten Prof. Rieger. Er fand keinen anderen Ausweg als den Tod.

Danke, Werner Hoppe! Dein Beitrag über die internationale Solidarität bei Spaniens Ringen gegen den Faschismus ist in seiner kulturrollen Sprache immer erneut lesenswert. Ich war mit dem Interbrigadisten Hans Maassen befreundet. Erschrieb das bewegende Buch „Die Messe des Barcelo“. Von ihm weiß ich, wie schwer es die Genossen hatten, die nicht aufgaben, sondern ihren Kampf in den Reihen der Résistance fortsetzten.

Gretel Neumann, Dresden

Liebe „RotFüchse“! Weitermachen! Herzliche Grüße

Dr. Ernst-Jürgen Langrock, Hoyerswerda

Besten Dank für die schnelle Nachsendung der Januar-Nummer, auf die ich Tag für Tag gewartet hatte, womit zugleich ausgedrückt ist, wie sehr ich mit ihrem Inhalt einverstanden bin. (Die zwei zusätzlichen Exemplare gebe ich weiter.) Dennoch glaube ich anmerken zu dürfen, daß die richtige Auseinandersetzung mit ideologischen, theoretischen und politischen Grundfragen unserer Geschichte und Gegenwart nicht ausreicht, um Antworten auf die Fragen nach der praktischen Lösung und dem Herangehen an unsere Zukunftsprobleme zu versuchen. Ich denke da an die bekannte Aussage Stalins: Ist die richtige politische Linie gegeben, entscheidet die Organisation alles. Das galt als eiserner Vorsatz der Leninischen Partei, als sie noch ganz klein war, und blieb so, als sie groß geworden war und im Oktober gesiegt hatte. Vom Prinzip her halte ich diese Grundregel nicht für überholt, wo wir so klein geworden sind, wenn wir wieder groß werden wollen. Die Bolschewiki gingen nicht nur klug zu Werke, sondern auch sehr kühn und äußerst konsequent, um Zweifler zu tätigen Optimisten zu machen. Bin ich deshalb ein altgewordener Träumer, der die Realität von heute nicht versteht? Durch Skepsis und unterlassene Versuche ist das nicht zu beweisen. (...)

Willi Belz, Kassel

Alle wünschen wir uns Informationen, die unseren Herzen entsprechen und weiter mobilisierend wirken. Auch hier in Halle wächst das Interesse am „RotFuchs“ immer mehr. Eine Reihe von Gefährten will ihn nicht nur (mit)lesen, sondern auch im Besitz haben. Ich übermittle im folgenden zwei Adressen von Genossen, die sich den „RotFuchs“ angesehen haben und sehr begeistert sind. Ihre Spenden von insgesamt 70 Mark füge ich bei.

Wir wünschen Euch alles Gute und in der gegen-

wärtigen Situation ist unsere Unterstützung gewiß.

Dr. Heinz Schmidt, Halle

Ich bedanke mich, daß ich „RotFuchs“ zugesandt bekomme. Es gelingt mir zwar nicht, ihn bis zum letzten Satz zu lesen - aber ich lese und halte solchen Meinungsaustausch für wichtig. Vielleicht lohnt es aus diesem Grunde, beiliegende Verse (damals für eine DKP-Veranstaltung geschrieben) zu veröffentlichen. Anbei 20 Mark.

Roger Reinsch, Berlin

Bemerkung der Redaktion:

Wir werden die Verse unseres PDS-Genossen in einer der nächsten Ausgaben den Lesern zugänglich machen.

Mein Freund Gerhard Moest aus Leipzig hat Ihnen meine Adresse mit der Bitte übermittelt, mir den „RotFuchs“ zu senden. Ich habe die Januar-Ausgabe erhalten und finde sie sehr gut. Die Zeitung ist eine Ergänzung zu meiner UZ. Da ich an weiteren Ausgaben interessiert bin, lege ich für die Unkosten 20 DM in Briefmarken bei. Vielleicht kann ich auch noch die Dezember-Ausgabe nachgeliefert bekommen.

Hans Marquardt, Schramberg

(...) Natürlich habe ich mich über den „RotFuchs“ gefreut und mein besonderer Dank gilt Lena und Kurt Andrä für den Beitrag, der sich mit mir und meiner Lage befaßte. Ich hoffe, daß dieser Artikel dazu beiträgt, das Selbstvertrauen und den Mut der noch immer von Strafverfolgung Bedrohten und Betroffenen zu stärken, im Kampf um Recht und Gerechtigkeit weitere Mitstreiter zu gewinnen und die Solidarität mit allen Verfolgten zu verstärken. Mir geht es keinesfalls um einen Glorienschein, sondern allein um die Ermutigung von immer mehr Menschen, sich am Kampf gegen das rechtswidrige Vorgehen der Justiz und gegen die pauschale Diffamierung der DDR - die aufopferungsvollen Leistungen von Millionen - zu beteiligen.

Karl Leonhardt, Generalleutnant der Grenztruppen a.D., JVA Hakenfelde

Liebe „RotFüchse“, mit großer Freude habe ich inzwischen fünf Nummern Eurer Zeitung erhalten und bereits restlos gelesen. Natürlich will ich Abonnentin werden, bitte teilt mir die Bedingungen mit. Lese auch UZ, „Roter Brandenburger“ und „KAZ“ sowie die „Weißenseer Blätter“ und die „Marxistischen Blätter“. WBI und nun „RotFuchs“ geben mir am meisten. In letzterem gefällt mir ganz besonders der Leserbriefteil. Das ist wie das Ohr an der Trasse zu haben. Bitte behaltet das möglichst bei.

Ich möchte noch etwas verspätet auf Eure drei Fragen zur DDR in Heft 7 antworten.

Zu 1) Das Fluidum: - Klare, ehrliche Sprache, Solidarität, Frieden.

Zu 2) Demokratische Republik auf deutschem Boden war Wirklichkeit, also möglich!

Zu 3) 40 Jahre lang ein Glückliches Leben zu führen. Das Beste, das einem das Leben schenken kann (keinesfalls ohne Sorgen, Tränen,

Kümmernisse, aber nie das Gefühl, allein oder ausgegrenzt zu sein). Gedanken, die mir sofort kamen.

Ingeborg Böttcher, Altlandsberg

Es tut gut, daß es Euch gibt. Nachdem mein „Roter Bote“ (Zeitschrift der PDS Köpenick) immer mehr von seiner Farbe verliert, nehmen meine „kleinen grauen Zellen“ geradlinige Argumente als wohltuend auf, auch wenn ich den Autoren nicht immer folgen kann. Also, macht weiter so! Anbei etwas Futter (20 DM). Wenn Ihr ein Exemplar übrig habt, schickt es an (...). Ich denke, auch sie könnte sich darüber freuen. Herzliche Grüße

E. Hoffmann, Berlin

Als langjähriger Leser der UZ bin ich etwas erstaunt über die breite Diskussion zum Nationalismus bei den russischen Kommunisten. Nationalismus ist in jeder seiner Erscheinungen etwas Abscheuliches; dabei ist Antisemitismus nur eine davon. Ich behaupte, daß der Nationalismus in Lettland oder in Israel, in der Ukraine oder in den USA genauso miserabel ist.

Schon der alte Heine sagte: Ein guter Jude ist besser als ein Christ, ein schlechter - schlechter. Man sollte also nicht Juden gemeinhin mit Zionisten, die einen Nationalismus in höchster Potenz vertreten, verwechseln.

Laut Majakowski muß der Rassenhaß in Klassenhaß umgewandelt werden. Darum sind Arbeiter und Ingenieure, Literaten und Ärzte, also Menschen, die mit eigener Arbeit ihr Geld verdienen, meine Freunde, Kapitalisten aller Glaubensrichtungen hingegen meine Klassenfeinde - ganz egal, ob ihre Vorfahren die Bibel, den Koran oder eine tibetanische Gebetsmühle propagierten.

Daß das Kapital keine amorphe Masse ist, sondern in Gruppen (Neudeutsch: Clans) - besonders in den ehemals sozialistischen Ländern - auftritt, dürfte unbestritten sein. Auch, daß diese Gruppen international verflochten sind. Und daß in Rußland eine Gruppe von Neureichen recht stark hervortritt, die mit amerikanischen und israelischen Zionisten eng liiert ist, gehört zu den Realitäten. Unverständlich ist mir, warum die Feststellung dieser Tatsache so einen Ärger, ja eine wahre Briefflut hervorruft. Soweit ich weiß, gründen sich die Bemerkungen der Genossen Andrá und Steiniger, die in der UZ so heftig angegriffen wurden, auf Erklärungen russischer Kommunisten, vor allem aus der Zeitung „Glasnost“, die nach meiner Meinung am klarsten marxistische Standpunkte vertritt. Vielleicht sollten sich die Genossen, die mit Wut (und nicht immer mit Sachkenntnis, geschweige denn mit Höflichkeit) gegen die Berliner Kommunisten auftreten, um mehr Kenntnisse über das heutige Rußland bemühen.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Ende Januar kam der langerwartete „RotFuchs“ mit vielen sehr zum Nachdenken anregenden Artikeln.

Auch bei uns tut sich Vieles. Weder die örtliche CDU noch die hiesige Junge Union beteiligen sich an der Unterschriftenaktion gegen die dop-

pelte Staatsbürgerschaft. Unsere „Rote Spinne“ hat also ihre Wirkung nicht verfehlt.

Da Heinz 1988 als DKP-Ratsherr eine Partnerschaft mit Reichenbach/Vogtland zustande gebracht hat, haben wir und etliche Nordhorer noch immer Kontakt nach dort. So schreiben wir uns regelmäßig mit (...) Heute sind beide Mitglieder der PDS. Wir möchten Euch bitten, ihnen einen „RotFuchs“, wenn es geht die Januar-Ausgabe, zu schicken.

Anbei wieder eine Spende von 30 DM von Nordhorer Genossinnen und Genossen.

Lisel und Heinz Deymann, Nordhorn

Vom „RotFuchs“ habe ich sämtliche Ausgaben gelesen. Den vielen Leserbriefen entnehme ich, daß die Zeitung - quer durch die ganze Bundesrepublik - fast ausnahmslos auf Zustimmung stößt. Auf meine nicht. Ich möchte das kurz begründen:

In der Dezember-Ausgabe wird berichtet, daß der verantwortliche Redakteur, Dr. Klaus Steiniger, auf einer Sitzung erklärt habe, die Zeitung sei „kein Blatt mit vorwiegend agitatorischer Orientierung, sondern mehr auf Hintergründe, Zusatzinformationen und Analysen ausgerichtet“. Mehr beiläufig sei dazu angemerkt, daß es merkwürdig ist, wenn eine Zeitung, die sich unübersehbar als marxistisch-leninistisch ausweisen will, Lenins Ratschlag für kommunistische Zeitungen, auch eine agitatorische und organisatorische Rolle zu spielen, sozusagen programmatisch geringschätzt. (...)

Ich kritisiere, daß im „RotFuchs“ konsequent das Umfeld der DKP-Gruppe Berlin Nordost ausgespart wird. Die Lage in den Ballungsgebieten, in denen die Gruppe wirkt, wird nicht analysiert. Es gibt keine Hintergrundinformation über Gründe und Ausmaß der Arbeitslosigkeit, über die Lage der Jugend in der Region, über Wohn- und Lebenssituation im Vergleich zur Zeit der DDR usw. Es gibt keine Zusatzinformation - etwa über die Arbeit der beiden DKP-„Parlamentarier“ in den Bezirksverordnetenversammlungen und ihre Initiativen, Vorschläge, Anfragen usw., über das Wirken der Gruppe im Umfeld.

Der bewußte Verzicht auf diesen „Kleinkram“ ist meines Erachtens der Verzicht, als DKP-Gruppe im eigenen Umfeld wirksam zu werden. Die Leserbriefe - ihre Absender und Wohnorte - bestätigen das.

Da ich als Rentner in der UZ-Redaktion helfe, habe ich Gelegenheit, fast alle DKP-Zeitungen zu lesen, die in den Betrieben und Gemeinden noch erscheinen. (...) Sie versuchen - und da gibt es nur gute Erfahrungen -, mit ihrer konkreten Politik, ihren Vorschlägen und Ideen, mit ihrer Kritik in ihrem Umfeld zu wirken. (...)

Deshalb verstehe ich den Verzicht nicht, der vom „RotFuchs“ bewußt geübt wird. Die Beiträge sind mitunter interessant, viele stoßen offenbar geradezu auf Begeisterung. Aber bei wem? Beim Nachbarn, beim Kollegen, beim Jugendlichen, im Wohnbezirk, bei Menschen, die wir gewinnen wollen? Oder bei „uns“, sozusagen, bei denen, die das auch schon immer gedacht haben und sich nun freuen, in schwerer Zeit historisch und ideologisch bestätigt zu werden?

Ich schätze eine solche Rolle einer DKP-Zeitung nicht gering, meine aber, daß eine Zeitung der DKP, die nur diese Rolle spielt, ihren Zweck

verfehlt. Womit wir wieder bei Lenin wären.
Günter Hänsel, Neuss

Am 30.1.1999 fand in Dessau unsere 5. Landesmitgliederversammlung der DKP Sachsen-Anhalt statt. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Vorbereitung der Europa-Wahlen. Es wurde die Meinung vertreten, sie böten eine gute Möglichkeit zur Profilierung und Stärkung der DKP.

Natürlich spielten in der Aussprache unsere UZ und besonders die Zeitung „RotFuchs“ mit ihren spritzigen und überzeugenden Argumenten eine große Rolle. Genossen berichteten, wie die Zeitung von Hand zu Hand geht und wichtige Artikel vervielfältigt werden. Bemerkenswert ist die Tatsache, so wurde in der Diskussion berichtet, daß der „RotFuchs“ bei fast gleichbleibender Auflage die Zahl seiner Leser von Monat zu Monat deutlich erhöht. Nicht besondere Werbung macht es, sondern der Inhalt spricht für sich. Eine Fundgrube für aktuelle Argumente, für unsere tägliche Agitation. Macht weiter so.

Karl Hertel, Dessau

Der „RotFuchs“ - weit mehr als eine bloße Zeitung aus Berlin Nordost - spricht immer mehr Kommunisten und Sozialisten an, weil er konsequent marxistisch-leninistische Positionen einnimmt. Besonders imponieren mir zwei Dinge:

Erstens - daß Ihr die DDR so eindeutig verteidigt und, ohne ihre Fehler und Schwächen in Abrede zu stellen, dabei nicht vor dem gegnerischen Druck zurückweicht.

Zweitens gefällt mir, wie Ihr Euch schonungslos mit dem Opportunismus auseinandersetzt, der besonders in der PDS-Führung um sich greift. Dazu wäre noch manches zu sagen.

Von vielen „RotFuchs“-Beiräten hätte ich mir gewünscht, daß sie auch in der UZ, die ich bei einem Genossen mitlese, erscheinen. Dort würden sie ja mehr Leute erreichen, die dafür sicher dankbar wären. Manchmal frage ich mich, warum man nicht diesen oder jenen spannenden „RotFuchs“-Artikel einfach in die UZ übernimmt.

Die Genossen aus der DDR besitzen viel mehr Erfahrungen als wir, weil sie 40 Jahre an der Macht waren. Natürlich brauchen sich die Kommunisten im Westen auch nicht zu verstecken. Aber sie kannten ja die DDR meist nur von gelegentlichen Delegationen. Das waren immer Höhepunkte.

Übrigens sagen mir nicht nur die meisten „RotFuchs“-Artikel zu. Auch die Leserbriefe haben es in sich. Besonders gut gefiel mir die Zuschrift einer Bärbel aus Berlin. Davon bräuchten wir mehr. Der Brief war wirklich klug und ging zu Herzen.

Sehr interessant fand ich auch den Bericht über die Veranstaltung mit General Opitz. Hut ab, daß die DKP Berlin Nordost und der „RotFuchs“ dieses Thema aufgegriffen haben. Das scheint mir ein Wendepunkt in der Behandlung der zu unrecht oft noch ausgegrenzten MfS-Leute zu sein.

Anbei zu Eurer Unterstützung 20 Mark.
Helmut Landauer, Fulda

„DKP: Jetzt endlich Enteignung der Banken“, titelte am 12.02.1999 die UZ...

Solche Schlagzeilen waren wir bisher nur von den Spartakisten gewohnt, die zugegebenermaßen ihren Charme gerade wegen ihrer Weltfremdheit bei den Linken versprühen.

Doch was will die UZ den Menschen damit sagen? Etwa: Wenn sich die Realität nicht unseren Wünschen anpaßt, fordern wir ultimativ die Wünsche auf, endlich Realität zu werden. (...) Um es konstruktiv auszudrücken: Der Kommunismus ist eine Wissenschaft und keine Utopie, so gerecht und zwingend auch die Forderung sei! (...)

Hagen Bonn, Bernau

Herzlichen Dank für die Zusendung der „RotFuchs“-Zeitung. Der Inhalt hebt sich wohltuend ab vom vielfach verlogenen und geschichtsfälschenden Blätterwald, den heute die Bürger vorgesetzt bekommen. Es ist ein Glück, daß es den „RotFuchs“ gibt. Er beweist: Die prinzipienfeste marxistisch-leninistische DKP lebt!

Anbei einen Verrechnungsscheck über 50 Mark.
Saarfried Thiele, Borna

Dem ganzen Team vom „RotFuchs“ wünsche ich Kampfkraft und Gesundheit für 1999. Für mich ist der „RotFuchs“ die Zeitung mit dem klarsten und eindeutigsten linken Standpunkt - kurz eine unverzichtbare Quelle für jeden Kommunisten. Als Mitglied der PDS in Sachsen habe ich im vergangenen Jahr die Zeitung aufmerksam verfolgt. Sie war mir eine wertvolle Hilfe im politischen Kampf.

Im Jahr 1999 ist es 50 Jahre her, daß beide deutsche Staaten gegründet wurden. Es wäre eine Aufgabe aller Linken, sich um eine ehrliche und kritische Betrachtung der Geschichte zu kümmern. Leider ist davon wenig zu spüren. Die unverschämten Äußerungen von André Brie (Vergleich: DDR-Faschismus), aber auch die unsolidarische Haltung der neun PDS-Bundestagsabgeordneten zu Rainer Rupp sind Zeugnisse einer solchen Haltung.

Und nun die Diskussion zur Staatsgrenze der DDR. Ich unterstütze voll und ganz den Standpunkt des Genossen Prof. Michael Benjamin, neues Mitglied des PDS-Parteivorstandes. (...) Mein Vaterland war, ist und bleibt die DDR. Im menschenfeindlichen System des Kapitalismus, in dem ich arbeitslos bin, werde ich nie ankommen.

Die Verfolgten der BRD-Klassenjustiz, nicht zuletzt Genosse Rainer Rupp, haben meine volle Solidarität!

Andreas Krämer, Gersdorf

Danke für die „RotFuchse“, sie sind prächtig. Anliegend eine kleine Spende von 20 Mark.

Ursula Münch, Strausberg

Vielen Dank für die pünktliche Belieferung mit dem „RotFuchs“. Es ist für mich immer wieder beglückend zu erleben, daß es auch noch viele andere Genossen gibt, die so denken wie ich, für die der Klassenstandpunkt Herzenssache ist. Eure auf den Punkt gebrachten Analysen helfen

mir, die vielen gesellschaftlichen Ereignisse auf ihren wahren Charakter zu reduzieren. Damit der „RotFuchs“ weiterhin bestehen kann, ein kleines Dankeschön (20 Briefmarken).

Dr. Ulryk Gruschka, Luckenwalde

Ich bin umgezogen. Schickt mir doch bitte den „RotFuchs“ in Zukunft nach Braunschweig. (...) Anbei ein paar Briefmarken, damit Euch die Kosten nicht auffressen und macht weiter so, besonders interessant finde ich die Beiträge von Eike Kopf.

Außerdem: Ihr fragt in einem der letzten „RotFuchse“ mal nach Buchspenden. Wenn das noch aktuell ist, könnte ich Euch anbieten ... (Es folgt eine Liste von Titeln, für die sich unser Kulturredakteur W.M. lebhaft interessiert.)

Gerlinde Bakenhus, Braunschweig

Ich habe einige Exemplare Eurer Zeitung „RotFuchs“ geschenkt bekommen. Beim Lesen habe ich festgestellt, daß der „RotFuchs“ nicht nur für die Berliner Genossen von Bedeutung ist. Deshalb bitte ich, mir die Zeitung regelmäßig zuzusenden und lege eine Spende von 20 DM bei.

Ursula Geipel, Chemnitz

Den Austritt von Genossen Martin Dressel aus der PDS kann ich nur allzugut verstehen. Auch ich war bis 1995 in der PDS. Damals glaubte ich, sie sei der einzige Ausweg aus der katastrophalen Situation seit der Annexion der DDR. Doch weit gefehlt. Alles, was irgendwie dunkelrot leuchtet oder nach DDR riecht, wurde von den PDS-Oberen der Stunde Null auf den Müllhaufen der Geschichte verbannt. Allen voran Brie, Gysi, Pau und andere. (...)

Ein Glück, daß es noch die KPF in der PDS gibt. Ihre Genossinnen und Genossen laufen zwar ständig bei der eigenen Partei Spießruten, halten diesen Laden aber wenigstens in Schwung. Die Rede der Genossin Wagenknecht auf dem 6.PDS-Parteitag war für mich Musik nach revolutionären Noten. (...) DKP-Hezen schlagen für die KPF.

Rolf Weinhold, Hoyerswerda

Der Beitrag „Lernenswertes aus China“ im Januarheft des „RotFuchs“ weckt eine Erinnerung bei mir. 1946 bis 1949 war ich Angestellter beim Landratsamt (Umsiedlungsamt) meiner württembergischen Heimatstadt. Mein Abteilungsleiter ließ sich 1946 von der CDU in seiner Heimatgemeinde zum Bürgermeister wählen. (...) So blieb mir bis Ende 1947 die gesamte Arbeitslast mit einer Hilfskraft - für 37 Gemeinden, davon vier Städte. Und das alles bei einem Anfangsgehalt von 113 Reichsmark. Ab Mitte 1947 kam ein neuer, erst 33jähriger Landrat, Fritz Erler, von der SPD, der ab 1949 in Bonn steil aufstieg. Wenn ich eine Unterschrift brauchte oder eine Anweisung der Militärregierung schnell mal zu übersetzen hatte, kam ich häufig dienstlich mit Erler in Berührung. 1947 - der Sieg der Volksbefreiungsarmee in China zeichnete sich schon deutlich ab - fragte ich ihn bei einer solchen Gelegenheit, wie er die Entwicklung dort für die Weltpolitik beurteile. Diese sei im

globalen Sinne ohne jede Bedeutung, meinte Fritz Erler, denn die Chinesen wären ja nicht einmal dazu in der Lage, auch nur einen Wecker zu produzieren. Heute stellen sie ganz andere Dinge als simple Weckeruhren her - bis hin zu Raketen und Atomwaffen!

Mir blieb diese Äußerung deshalb nachhaltig in Erinnerung, weil sie zeigt, wie begrenzt - zumindest damals - doch der Gesichtskreis führender Sozialdemokraten war und wie wenig sie künftige Entwicklungen vorausschen konnten.

Gerhard Moest, Leipzig

Herzlichen Dank für die pünktliche Übersendung des „RotFuchses“. Ich gebe ihn immer nach dem Lesen weiter, andere Freunde sollen auch eine Freude haben und sich klug machen. Anbei eine Portostütze von 50 Mark.

Erika Bach, Berlin

Schickt mir bitte den „RotFuchs“ monatlich zu. Gefällt mir sehr.

Niels Seibert, Frankfurt/Main

Es ist eine Genugtuung, in den Beiträgen des „RotFuchs“ das Thema Menschenrechte „vom Kopf auf die Füße gestellt“ (Marx) zu sehen. Die kapitalistischen Meinungsmanipulationsmaschinen haben es bislang verstanden, die Menschen davon abzulenken, daß die grundlegenden Menschenrechte das Recht auf Arbeit, das Recht auf Wohnung, das Recht auf Bildung und das Recht auf Gesundheit sind. All diese Rechte sucht man nämlich im Kapitalismus und im vereinigten Deutschland vergebens - in der DDR (dem „Unrechtsstaat“!) waren sie vorhanden. Die befestigte Staatsgrenze hatte sie geschützt und nach deren Fall wurden sie den DDR-Bürgern genommen. In der Konsum- und Wegwerfgesellschaft von Ex-Westberlin und der Alt-BRD hatte es sie nie gegeben! (...) Die herrschende Klasse des Imperialismus versteht es hervorragend, das Volk zu manipulieren. Die führenden Kräfte der sozialistischen DDR hingegen waren leider nicht fähig, große Teile der Bevölkerung von den wesentlichen Dingen der menschlichen Existenz zu überzeugen.

**Joachim Kaschig,
Berlin-Reinickendorf**

**Solidarität mit
dem kurdischen
Volk, das für
seine nationalen
und sozialen
Rechte kämpft!**

Am Rande bemerkt

□ Vor 25 Jahren starb in Moskau die russische Autorin und Historikerin **Jelisaweta Drabkina** (16. Dezember 1901 bis 7. Februar 1974). Der eine oder andere RotFuchs-Leser erinnert sich sicher noch an ihre Bücher „Schwarzer Zwieback“ und „Verschneiter Bergpaß“ – vor allem aber an ihre bewegenden Erinnerungen an die erste Generation der Bolschewiki („Ballade von der bolschewistischen Illegalität“ – im Kinderbuchverlag 1970 in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Oktoberballade“ erschienen).

Im „Verschneiten Bergpaß“ berichtet J. Drabkina von einer Begegnung zwischen Clara Zetkin und Lenin im Herbst 1920:

Im Verlauf des Gesprächs sagte Lenin, daß die Kunst dem Volk gehöre und ihre tiefsten Wurzeln in den breiten schaffenden Massen haben müsse. Daß sie die Massen in ihrem Fühlen, Denken und Wollen verbinden und emporheben, daß sie Künstler in ihnen erwecken und entwickeln müsse. Emporheben! Unbedingt emporheben! Popularität ist keineswegs Popularitätshascherei, sondern Verständlichkeit für Millionen, unterstrich Lenin in einem Thesenentwurf, den er kurz nach dem Gespräch mit Clara Zetkin schrieb. Man „darf nicht auf das Niveau des unentwickelten Lesers herabsinken, sondern muß unentwegt – sehr behutsam und allmählich – seine Entwicklung fördern“. Damit die Kunst zum Volk und das Volk zur Kunst kommen kann, muß erst, so sagte Lenin zu Clara, das allgemeine Bildungs- und Kultur-niveau gehoben werden, und das wird nur dann erreicht, wenn die Künstler um der Arbeiter und Bauern willen schaffen werden. Das Gespräch zwischen Lenin und Clara Zetkin beschränkte sich nicht allein auf Probleme der Kultur und Kunst. In Clara sah Lenin den vertrautesten Freund in der internationalen Arbeiterbewegung und teilte mit ihr seine Sorgen. Eine solche Sorge, die ihm wie ein Dorn im Fleische steckte und ihn bis zum Tode quälte, war der Formalismus in der Verwaltung.

„Ich hasse ihn wirklich!“ rief Lenin aus und schränkte ein, er meine nicht den einzelnen Angestellten, der ein tüchtiger Kerl sein mag, sondern Seelenlosigkeit, Formalismus in der staatlichen Verwaltung. Denn, so sagte Lenin zu Clara, „das lähmt und korrumpiert unten und oben“. Für einen der wichtigsten, entscheidenden Faktoren zur Überwindung und Ausrottung des Bürokratismus hielt Lenin die umfassende Bildung und kulturelle Erziehung des Volkes.

Und hier kehrte er immer wieder zu der weltverändernden Kraft der Kunst zurück, zu dem Gedanken, wie lebensnotwendig für den Aufbau des Kommunismus die Volksbildung und eine wirklich neue, große kommunistische Kunst sind, deren Formen ihrem Inhalt entsprechen werden. Das Verstehen und Erfüllen dieser Aufgaben durch die Intelligenz wäre der Preis dafür, daß die proletarische Revolution auch ihr – weit das Tor, das ins Freie führt, geöffnet hat. Als Clara – es war spät geworden – durch die

kühle Nacht in ihr Hotel fuhr, ging ihr alles an diesem unvergeßlichen Abend Gesagte durch den Kopf, sie dachte daran, wie wenig Lenin den Führern glich, die die Menschen nur als „historische Kategorien“ kennen und mit ihnen fühllos wie mit Kügelchen rechnen und spielen.

□ Am 23. Februar wäre **Erich Kästner** 100 Jahre alt geworden. Anläßlich dieses Tages entnehmen wir seinem heute weitgehend unbekannten Sowjetunion-Reisebericht, der erstmals 1930 in der Nr. 5/6 der Zeitschrift „Das Neue Rußland“ unter dem Titel „Auf einen Sprung nach Rußland“ erschienen ist, die folgenden Auszüge:

Zehn Tage dauerte unsre Reise nach Rußland und zurück: 100 Stunden waren wir in Moskau. 50 Stunden waren wir in Leningrad. 100 Stunden saßen wir in Eisenbahncoups dritter Klasse. Die Reise war natürlich zu kurz, um uns ein ausreichendes Bild der russischen Zustände zu vermitteln; aber sie war lang genug, uns auf Jahre hinaus nachdenklich zu machen. Zehn Tage, die das Weltbild erschütterten ...

... diese Entwicklung zur proletarischen Zivilisation hin wird, wenn der Fünfjahresplan der Sowjets durchgeführt ist, das russische Proletariat auf ein Lebensniveau führen, das hoch über dem unserer Arbeiterschaft liegt. Diese Entwicklung marschiert. Und dazu kommt das Gewaltigste: Die russischen Arbeiter sind die Herrscher ihres Landes, das den sechsten Teil der Erde einnimmt! Ihnen gehört das Wenige! Sie sind die Träger und die Nutznießer der Idee, die hier schrittweise, mit grandioser Zielsicherheit und Planmäßigkeit, verwirklicht wird!

In den fünf Jahren des großen Aufbauplanes will man so weit sein, daß Rußland von der übrigen Welt wirtschaftlich unabhängig geworden ist. Jeden Monat kommt man – Rückschläge sind von vornherein einkalkuliert und bleiben naturgemäß nicht aus – dem Ziele näher. Die größten Elektrizitätswerke sind im Bau. Autofabriken werden gerade gegründet. Die landwirtschaftlichen Produkte, an denen es den Städten noch mangelt, werden reicher in die Städte fließen, wenn die Industrie ihre den Bauern notwendigen Erzeugnisse zur Genüge auf die Dörfer schicken kann. Rußland ist auf dem Wege, der einzige unabhängige Staat der Erde zu werden. Von Einfuhr und Ausfuhr unbeeinflusst; von ausländischen Wirtschaftskriegen und Börsenmanövern nicht betroffen; ohne Arbeitslosigkeit; der Bevölkerungszunahme auf lange Zeit gewachsen; später einmal, in Jahren der Mehrproduktion, eine Gefahr für Länder, in denen der Kapitalismus Preiswillkür treibt. Noch ist alles im Werden: Der Verwaltungsapparat ist, da es noch an neuer Beamtenschaft mangelt, überorganisiert; die Industrie bedarf noch ausländischer Ingenieure und Spezialisten; die Landwirtschaft, vorwiegend das grundbesitzende Kulakentum, sträubt sich noch gegen die Kollektivisierung; die als unerläßlich ange-

sehene Armee, Marine und Luftflotte verschlingenden Unsummen. Wenn aber dieses gewaltigste aller historischen Experimente gelingt – und die Gründe dafür sind stärker als alle Einwände –, so beginnt, weiterwirkend, eine neue weltgeschichtliche Epoche. Und jeder parteipolitisch unvoreingenommene Betrachter wird diesem zuversichtlichen Volke, das aus fast 200 Nationen besteht und um die gerechtere Verteilung der Existenzmittel kämpft, vollen Erfolg, bis an die Grenzen des Möglichen wünschen.

Äußerlich verlief alles reibungslos ... In dieser Hinsicht geschah kaum etwas Besonderes, außer daß es doch vielleicht sonderbar erscheinen mag, heutzutage ohne jede Störung, und als fahre man an die Riviera, durch Sowjetrußland reisen zu können.

Die Reise unterschied sich dafür in anderer Hinsicht um so mehr von allen anderen Reisen, die man, für ein paar hundert Mark, in Europa machen kann. Es ging weder um höchste Berggipfel noch um blühende Orangenbäume; wir sahen nur Zwei-Millionen-Städte und dazwischen Sümpfe, sandige Steppen und winzige Holzdörfer. Aber wir begegneten einer anderen Welt! Und als wir, kaum 250 Stunden nach dem Reisebeginn, wieder in einer Berliner Autotaxe saßen, ziemlich schmutzig, etwas müde und hungrig, da kannten wir die schönen Straßen, die eleganten Frauen und die luxuriösen Geschäfte, die wir doch von jeher zu sehen gewöhnt waren, kaum wieder. Wir kehrten heim, als kämen wir in die Fremde und in eine verbotene Welt.



BÜCHER - ECKE

□ Gegen eine Spende für den RotFuchs sind abzugeben (von jedem Titel steht nur ein Exemplar zur Verfügung):

Am Steuer der Morgenröte. Erzählungen über Lenin. Mit einem Vorwort von Otto Gotsche u. 16 Holzschnitten von W. Noskow. Unter den 19 in diesem Band vertretenen sowjetischen Schriftstellern sind M. Kolzow, B. Lawrenjow, K. Fedin, L. Reisner, K. Paustowski, L. Seifullina, M. Scholochow, O. Bergholz und M. Gorki. Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1977. 278 S.

Johannes R. Becher: Schritt der Jahrhundertmitte. Neue Dichtungen. Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar 1964. 196 S.

Rudolf Petershagen: Gewissen in Aufruhr. Mit einem Bildanhang. Verlag der Nation, Berlin 1962. 352 S.

Wassili Suchomlinski: Vom Werden des jungen Staatsbürgers. Aufzeichnung eines Erziehers. Volk und Wissen, Berlin 1983. 312 S.

Theun de Vries: Stadt wider den Tod. Amsterdam 1941. Roman. Verlag Volk und Welt, Berlin 1965. 996 S.

Erich Weinert: Rufe in die Nacht. Gedichte, in der Emigration 1933 bis 1945 geschrieben. Mit einem Vorwort „Gedichte als Partisanen“ von E. Weinert. Gesammelte Werke. Verlag Volk und Welt, Berlin 1955. 368 S.

Erich Weinert: Nachgelassene Lyrik aus drei Jahrzehnten. Gesammelte Werke. Verlag Volk und Welt, Berlin 1960. 464 S.

W. M.

Unser Genosse**PROF DR. ULRICH HUAR**

vollendet am 8. März 1999 sein
75. Lebensjahr.

Politische Reife, ideologische Standhaftigkeit, reiche pädagogische Erfahrung, publizistisch-propagandistische Befähigung und präziser Umgang mit der deutschen Sprache charakterisieren den in mehreren Disziplinen versierten Wissenschaftler und Hochschullehrer, der sein Können und seine Persönlichkeit in den Dienst der kommunistischen Bewegung gestellt hat.

Herzlichen Glückwunsch, lieber Uli.
DKP Nordost und „RotFuchs“

Am 1. Februar 1999 verstarb nach schwerer Krankheit unser teurer Kampfgefährte, der Kommunist

Willi Armbrust

ehemaliger stellvertretende Minister der DDR.

Die DKP wird dem aus unseren Reihen geschiedenen Genossen ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

VERL.: Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,
Eberhard Bock,
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Sigmar Ebbach,
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer,
Walter Florath,
Katrin Hellwig,
Werner Hoppe,
Prof. Dr. Ulrich Huar,
Dieter Itzerott
Monika Kauf,
Gerda Klabuhn,
Prof. Dr. Eike Kopf,
Wolfgang Metzger,
Rainer Rupp,
Harry Schmitt,
SHAHAR
Karl-Eduard v. Schnitzler,
Dr. Hartwig Strohschein,
Dr. Hans-Günter Szalkiewicz,
Dr. Roland Ulbricht

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Ein guter Kampfgefährte mit Kopf und Herz hat ein weiteres Stück auf seinem sicher noch langen Weg zurückgelegt. Ein Dichter und Dramatiker, ein Essayist und Dramaturg, einer, der sich zum Kommunismus bekennt und, was mindestens genauso wichtig ist, anderen als guter Mensch und sympathischer Zeitgenosse nahesteht. In stürmischen und schweren Jahren des Verlusts und der Trauer, der Wut und der Empörung, der Besinnung und des Neubeginns haben wir ihn immer an unserer Seite gewußt.

ARMIN STOLPER

wird am 23. März 65 Jahre alt.

Rechtzeitig zu seinem Geburtstag hat er sich und uns eine Freude bereitet:
Sein neues Buch

„Wir haben in der DDR ein ganz schönes Theater gemacht“

erscheint dieser Tage bei DAS NEUE BERLIN, Verlags GmbH, ca. 256 Seiten, gebunden ca. 29,80 DM, ISBN 3-360-00891-X.

Am 12. März 1999 begeht unser Kultur-
redakteur Genosse

Wolfgang Metzger

seinen 55. Geburtstag.

Der „RotFuchs“ setzt in diesen belebten und gebildeten Marxisten-Leninisten weiter große Erwartungen und gratuliert ihm auf das herzlichste.

Herzliche Glückwünsche zum Älterwerden und Jüngerbleiben gehen an

HEINZ, HELGA,

JÜRGEN, KATRIN,

MARTA und WALTER.

DKP Nordost und „RotFuchs“

Was wäre der „RotFuchs“ ohne seinen umsichtigen Vertriebsleiter

KURT ANDRÄ!

Seit mehr als einem halben Jahrhundert gehört Kurt der kommunistischen Partei an. An unterschiedlichen Kampfabschnitten und in vielen Aufgabenbereichen - ob in Wilhelm Piecks Präsidialkanzlei, im Sekretariat der Volkskammer, bei der Staatlichen Kontrolle, in der Staatlichen Plankommission, im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen oder als Mitarbeiter der Humboldt-Universität - stets hat er als Genosse seine Pflicht getan. Marxist-Leninist, Patriot der DDR und Internationalist sind seine Ehrentitel.

Am 2. März 1999 wird Kurt 70 Jahre alt. Herzlich gratulieren
DKP Nordost und „RotFuchs“

